

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Traubstraße 2-5 — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 38

Berlin, den 19. September 1931

6. Jahrgang

An unsere Mitglieder!

Am 1. Oktober 1931 treten die vom Verbandstag in München beschlossenen Änderungen des Statuts in Kraft. Durch diese Änderungen werden die Unterstützungen zum Teil eingeschränkt.

Die langanhaltende Wirtschaftskrise hat unserem Verband schon seit langer Zeit Leistungen auferlegt, wie sie bei der Schaffung der bisher geltenden Unterstützungsregelung nicht anzunehmen waren und deshalb auch nicht berücksichtigt werden konnten. Wir verweisen zur Beurteilung nur auf wenige Tatsachen und Zahlen: Im Jahre 1913 waren 1,9 Proz. der Verbandsmitglieder im Jahresdurchschnitt arbeitslos, 1928 war der Jahresdurchschnitt 7,9 Proz. und jetzt haben wir schon seit über einem Jahr eine Arbeitslosigkeit von über 20 Proz., im Februar 1931 waren es 33 Proz.

An Unterstützungen hat der Verband aufgewendet:

1928	6 926 597,— RM
1929	7 188 109,— "
1930	11 052 003,— "
1931	3 530 757,— " (1. Vierteljahr)

Für 16 022 invalide Mitglieder wurde bis 1. Juli 1931 Invalidenunterstützung mit einer monatlichen Unterstützungssumme von 173 011,85 RM bewilligt.

Den ständig gestiegenen Ausgaben stehen durch Arbeitslosigkeit verminderte Einnahmen gegenüber.

Diese Tatsachen, in Verbindung mit der weiteren Tatsache, daß auch in der Zukunft sehr hohe Anforderungen an den Verband gestellt werden, veranlassen den Verbandstag, Einschränkungen zu beschließen. Neben der Minderung der persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten konnte eine Einschränkung der Unterstützungsaufwendungen nicht umgangen werden, um die Ausgaben und Einnahmen in ein erträgliches Verhältnis zu bringen, so daß die Unterstützungsleistungen regelrecht erfolgen und auch noch über ausreichende Kampfmittel verfügt werden kann.

In Anpassung an die geänderten Verhältnisse, durch die unsere Mitglieder mit länger anhaltender Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, als das früher in der Regel der Fall war, hat der Verbandstag in den untersten Unterstützungsstufen die Bezugsdauer verbessert. Bei einer Leistung von 52 Wochenbeiträgen wird die Bezugsdauer bei Erwerbslosigkeit von 30 auf 42 Tage verlängert, bei einer Leistung von 156 Wochenbeiträgen von 42 auf 48 Tage und bei einer Leistung von 260 Wochenbeiträgen von 48 auf 54 Tage.

Zur Erleichterung des Übergangs von der alten zur neuen Unterstützungsregelung hat der Hauptvorstand beschlossen, daß Erwerbslosen-, Streik- und Gemischtenunterstützung in den Fällen, in denen die Unterstützungen nach den alten Bestimmungen vor dem 1. Oktober einsetzten und über diesen Tag hinauslaufen, bis zum 3. Oktober, nach den Sätzen des bisherigen Statuts weitergezahlt werden. Vom 5. Oktober an kommen dann auch bei diesen Fällen die neuen Bestimmungen in Anwendung. Unterstützungsfälle, die am 1. Oktober und später beginnen, werden durchweg nach den neuen Bestimmungen behandelt.

Die Invalidenunterstützung wird, sofern die Anträge bis einschließlich 30. September mit allen Unterlagen versehen im Büro des Hauptvorstandes eingehen, nach den alten Bestimmungen behandelt. Ausgenommen davon sind jedoch solche Fälle, für die der Unterstützungsbeginn erst auf den 1. Oktober 1931 oder später fällt. Solche Fälle, wie auch alle Anträge, die ab 1. Oktober im Büro des Hauptvorstandes eingehen, werden nach den neuen Bestimmungen behandelt.

Das neue Statut enthält auch die Bestimmung: „Mitglieder, die bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres 520 Vollbeiträge noch nicht entrichtet haben, können Anspruch auf Invalidenunterstützung nicht mehr erwerben.“ Diese Bestimmung kommt nur für solche Mitglieder in Anwendung, die erst nach dem 1. Oktober 1931 das 65. Lebensjahr vollenden; bei Mitgliedern, die vor dem 1. Oktober 1931 das 65. Lebensjahr vollenden und bis zu diesem Termin noch nicht invalid sind, werden alle bis 1. Oktober 1931 entrichteten Beiträge bei der Feststellung des Anspruchs angerechnet. Um Härten auszugleichen, werden in Grenzfällen die nach Vollendung des 65. Lebensjahres bzw. nach dem 1. Oktober 1931 entrichteten Beiträge wie Invalidenbeiträge zu 10 Pf. um- und angerechnet. Sind bei Vollendung des 65. Lebensjahres bzw. am 1. Oktober 1931 mehr als

520 Vollbeiträge nachgewiesen, kommen alle entrichteten Beiträge auf die Invalidenunterstützung in Anrechnung.

Ausdrücklich wird darauf verwiesen, daß alle Unterstützungen für Invaliden, die nach den Bestimmungen des alten Statuts angewiesen sind, ungekürzt bestehen bleiben.

Bezüglich der Beitragsentrichtung der Mitglieder, die Invalidenunterstützung beziehen, hat der Hauptvorstand einen Beschluß gefaßt, durch den bei Grenzfällen Härten vermieden werden. Bei den niedrigeren Unterstützungsbeiträgen werden wie bisher nur 10 Pf. Beiträge pro Woche entrichtet, bei Unterstützungen von 10,55 RM und mehr 20 Pf., bei 20,65 RM und mehr 35 Pf., und bei 40,55 RM und mehr 45 Pf.

Verbandstag und Hauptvorstand setzten sich bei den Beratungen und Entscheidungen über die neuen Unterstützungsbestimmungen zum Ziel, die Organisation trotz aller Schwierigkeiten leistungsfähig zu erhalten. Alle Mitglieder, die ihre im Statut festgelegten Verpflichtungen gegenüber dem Verbands erfüllt haben, sollen im Bedarfsfalle auf die Hilfe des Verbandes rechnen können. Der Verband muß aber auch trotz der starken Belastung durch Unterstützungen so intakt bleiben, daß er notwendig werdenden Kämpfen auch finanziell gewachsen ist.

Die Arbeitgeber wollen unter Ausnutzung der schlechten Wirtschaftslage weiter vorstoßen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sollen noch mehr verschlechtert, die Arbeitslosenversicherung und -fürsorge noch mehr eingeschränkt, die Sozialgesetzgebung abgebaut, die Tarifverträge „aufgelockert“ und die tariflichen Bindungen beseitigt werden.

NSO. und Nazis sind den Arbeitgebern bei diesen Bestrebungen behilflich; sie stören und schwächen die Front der Arbeiterschaft. Sie beschimpfen und bekämpfen zur Freude und zum Nutzen der Arbeitgeber die Gewerkschaften und ganz besonders unseren Verband. Nichts sehnen sie dringlicher herbei, als die Schwächung und Zerstörung der Gewerkschaften. Das ist bewußte Schädigung der Arbeiterinteressen. Verachtung diesen Verrätern und Spaltern!

Die Beschlüsse des Verbandstages sollen und werden es dem Verbands ermöglichen, seinen Aufgaben auch weiterhin gerecht zu werden.

Wir haben nach wie vor die berechtigte Hoffnung, daß unsere Mitglieder auch in dieser schweren Zeit Arbeitgebern, NSO. und Nazis zum Trotz dem Verband die Treue halten und für ihn werben.

Der Hauptvorstand.

Öffentliche und private Wirtschaft



H.S.

der schärfste Gegner anerkennen muß. Wir bringen folgenden Auszug:

„Seit den Tagen der Inflation erleben wir in Deutschland ein Kesseltreiben gegen die Gemeinden. Der Kampf geht um die öffentliche Wirtschaft! Der soziale, kulturelle und wirtschaftliche Fortschritt, ausgelöst durch die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu den Gemeindeparlamenten, soll zunichte gemacht werden!“

Die gesamte Reaktion im Bunde mit dem früheren Präsidenten der Reichsbank, Dr. Schacht, bilden die Front derer, die die gemeindlichen Betriebe zerschlagen wollen.

In diesem Augenblick rufen wir den Kongress des großen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Hilfe auf; denn nunmehr geht es um das Ganze, um Sein oder Nichtsein der Gemeinwirtschaft!

Man stellt es so hin, als handle es sich bei der gemeinwirtschaftlichen Betätigung um eine Erfindung der Nachkriegszeit. Betrachten wir doch einmal die geschichtliche Entwicklung. Die öffentliche Wirtschaft ist nicht, wie unsere Gegner behaupten, erst ein Ergebnis der jüngsten Entwicklung. Sie stand vielmehr bereits im Mittelalter in hoher Blüte. In der mittelalterlichen Stadt mit ihrer Kunstverflechtung stand nahezu alles im Betreuungskreis der Stadtverwaltung. Die Kommunen haben im Mittelalter und noch zu Beginn der Neuzeit sich oft mit großen Opfern an hervorragenden Handelsorganisationen beteiligt, die reine Erwerbskräfte entwickelten. Als später die landesfürstliche Territorialpolitik aufkam, wurden diese Bestrebungen fortgesetzt.

Die geschichtliche Entwicklung zeigt, daß die öffentliche Wirtschaft sich aus dem Aufgabenkreis der Gemeinden und Staaten heraus entwickelt hat, und daß sie bereits in alter Zeit ein lebenswichtiger organischer Bestandteil der Gesamtwirtschaft war.

Erst im Laufe des 19. Jahrhunderts beginnt unter dem Einfluß bestimmter kapitalistischer Privatinteressentkreise die Trennung von öffentlicher und privater Wirtschaft sich schärfer und schärfer herauszugestalten.

In Wirklichkeit also hat es in Deutschland nie eine Periode vollkommener Privatwirtschaft gegeben.

Die moderne Entwicklung zur öffentlichen Wirtschaft knüpfte vielmehr unmittelbar an Überreste der alten Stadtwirtschaft an. Die Organisationsfehler der Privatwirtschaft, deren Begleiterscheinung zahllose Zusammenbrüche und verheerende Krisen sind, kennzeichnen die private Wirtschaft als eine ungeeignete Wirtschaftsform für lebensnotwendige Be-

darfsüter. Der private Betrieb hat in erster Linie den Vorteil seiner Aktionäre im Auge; ihm ist ethisches Handeln unwirtschaftlich, wenn es die Dividende schmälert. Im Gegensatz zu diesem Profitstreben erhält der öffentliche Betrieb seinen inneren Antrieb vom Dienstwillen an der Gesamtheit.

Angesichts dieser Sachlage kann die Durchführung großer Versorgungsbetriebe heute weniger denn je allein vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus erfolgen.

Wo durch Zusammenstöße die günstigen Auswirkungen der freien Konkurrenz auf die Preisbildung und den technischen Fortschritt ausgeschaltet sind, müssen durch öffentliche Konkurrenzbetriebe die Preise beeinflusst und die Selbstkosten der Privatwirtschaft kontrolliert werden. Darüber hinaus gehören alle Monopole in die Hand der öffentlich-rechtlichen Körperschaften.

Eine Monopolstellung muß sozial verwaltet werden. Gerade in Deutschland, wo hohe Transportkosten vor dem Wettbewerb anderer Produktionsstätten schützen und durch Schutzzölle die ausländische Konkurrenz ferngehalten wird, haben die Bestrebungen nach einer Verstaatlichung der Kartelle und Syndikate und nach einer Vergeßenschaft der lokalen und interlokalen Monopole erhöhte Bedeutung. Zu dem Monopol zählen nicht nur Bodenschätze und Bodenkraft, sondern auch Grund und Boden selbst. Die außerordentliche Steigerung der Bodenwerte im Reichsbild der Städte ist im wesentlichen das Ergebnis der kommunalen Entwicklung und nicht der produktiven Tätigkeit des Eigentümers. Eine weitgehende kommunale Bodenvorratspolitik kann diesen Mehrwert gemeinsinnig zur Geltung bringen. Dabei sind die städtebaulichen Aufgaben unabhängig zu machen vom Spekulantentum mit privatem Grundbesitz.

Wenn die Gemeinden in ihren öffentlichen Betrieben finanzpolitisch arbeiten, so wird von den Gegnern der öffentlichen Wirtschaft häufig erklärt, die Gemeinden unterhielten die Wirtschaftsbetriebe lediglich zur Kompensation der jetzt herrschenden Finanznot. Diese Auffassung ist unrichtig; denn die öffentlichen Betriebe sind aus ihrem sozialen Charakter gerechtfertigt und notwendig.

Eines möchte ich besonders betonen: Die Deckung des öffentlichen Finanzbedarfs durch eine eigene wirtschaftliche Tätigkeit des Reiches würde viel reibungsloser vor sich gehen als durch die bisherigen Zwangsbeiträge in Steuerform. Ein weiterer Vorzug des öffentlichen Betriebes ist der billigere Kredit, der der öffentlichen Wirtschaft mit Rücksicht auf die hinter ihr stehende Steuerkraft der gesamten Bevölkerung bekanntlich eingeräumt wird. Überall, wo öffentliche und kulturelle Faktoren eine Verjüngung von Gebieten fordern, die noch nicht den entsprechenden Gewinn abwerfen, vermag das Privatinteresse vollständig. Das gilt besonders für die Aufgaben, die im Interesse der Zukunft geleistet werden müssen. Der Privatbetrieb ist nie zur Anlage von Stromwegen, Straßenbahnlinien und zum Straßenbau für städtische Standorte zu bewegen. Der öffentliche Betrieb dagegen ist zu Verlusten bereit, wenn er sich daraus Vorteile für die Bevölkerung in Zukunft verspricht. Vom kapitalistischen Standpunkt aus aber ist das eine „unwirtschaftliche“ Betätigung der öffentlichen Hand.

Die soziale und gemeinwirtschaftliche Zielsetzung der öffentlichen Wirtschaft muß auch in ihrer Stellung gegenüber ihren Arbeitnehmern zum Ausdruck kommen. Die kommunalen Betriebe sollen soziale Musterbetriebe sein und vorbildliche Arbeitsbedingungen aufweisen. Die Kommune ist auch die geeignete Trägerin sozialer Betriebe. Darüber sind wir uns doch wohl alle einig. Dagegen werden die Ansichten vielleicht darüber auseinander-

gehen, ob die Privatindustrie oder die öffentlichen Betriebe mit den höchsten voranzugehen sollen. Meine persönliche Ansicht ist folgende: Die Leistung der öffentlichen Betriebe ist die beste Waffe bei der Abwehr der Angriffe gegen die öffentliche Wirtschaft. Der öffentliche Betrieb ist natürlich den Gesetzen der kapitalistischen Ordnung unterworfen. Er kann eine Pionierrolle spielen im Aufbau der Gemeinwirtschaft, aber er muß nicht das Prinzip der Wirtschaftlichkeit wahren. Die Stilllegung von unrationellen Betrieben darf nicht erschwert werden. Dagegen sollen die öffentlichen Betriebe stets die Spitzenlöhne der Privatindustrie übernehmen und darüber hinaus soziale Verbesserungen bei Urlaub, Krankheit usw. gewähren. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gemeinde- und Staatsarbeiter sowie der Angestellten in Staat und Gemeinde sind für die gesamte Arbeitnehmererschaft von großer Bedeutung. Deshalb muß auch die gesamte Arbeitnehmererschaft sich um die öffentliche Wirtschaft und ihre sozialen Funktionen kümmern.

Die öffentliche Wirtschaft ist nach alledem bereits ein gewaltiger Motor der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung geworden. Von rund 18 Millionen gewerblichen Arbeitnehmern werden etwa 2 1/2 Millionen in öffentlichen Betrieben beschäftigt. Vielfach bezeugt man in der Privatwirtschaft dem Vorwurf, daß dieser Beschäftigtenkreis überwiegend in unproduktiven Unternehmungen arbeite. Diese Behauptung wird durch folgende Feststellungen widerlegt: Von den genannten 2 1/2 Millionen öffentlichen gewerblichen Arbeitnehmer entfallen rund 1 Million auf ausgeprägten industriellen Produktionszweige. Etwa 900 000 Beschäftigte der öffentlichen Hand sind im Verkehrsdienst bei der Reichspost, im Kraftfahrzeugbau, bei der Reichsbahn und der Schiffahrt tätig. Etwa 300 000 Arbeitnehmer verteilen sich auf die kommunalen Banken, Kammerebetriebe, Versicherungen, Theater, Parkanlagen usw. Diese Aufstellung erweist mit eindeutiger Klarheit, wie wichtig die Beschäftigungsgebiete der öffentlichen Hand sind.

Die öffentliche Hand ist aber nicht nur der größte Arbeitgeber in Deutschland, sie ist zugleich auch der größte Auftraggeber für die Privatwirtschaft.

Die Aufträge der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft bewegten sich bis zu Beginn der schweren Krise im Jahresdurchschnitt von 8 bis 9 Milliarden Reichsmark. Die öffentliche Wirtschaft hat für den Arbeitsmarkt eine weit größere Bedeutung als die gesamte Ausfuhr selbst im Rekordjahr 1928 gehabt.

Im Jahre 1926 hat der Reichsverband der deutschen Industrie mit anderen Unternehmerverbänden die öffentliche Wirtschaft gegen die öffentliche Wirtschaft eröffnet. Nachfolgende Gegenüberstellungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Preussischen Städteverbandes wurden dagegen ausgestellt. Auf alle mögliche Weise suchte man in der Folgezeit die öffentliche Hand aus der Wirtschaft hinauszudrängen. In den Parlamenten beantragte man das Einspruchsrecht der Gemeindefürsorge gegen Gemeindebetriebe, sowie eine Zweidrittelmehrheit bei Einführung von Gemeindebetrieben.

Besonders ernst war der Vorstoß der Industrie gegen die kommunale Gasversorgung. Der Verbrauch an Braunkohle anstatt der Steinkohle und die sonstige Verlagerung der deutschen Energieerzeugung, die durch den Verkauf der Verträge, durch Gebietsverluste, aber auch durch Fortschritte der Technik veranlaßt wurde, führten dahin, daß sich die Ruhrindustrie in ihrer Macht- und Interessensphäre bedroht fühlte. Sie erstrebte daher eine großräumige Monopolisierung der Kohle- und Gasversorgung im rheinisch-westfälischen Kohlengebiet durch Stilllegung der kommunalen Gaswerke und durch zentrale Ferngasablieferung der deutschen Gemeinden aus den Kokereien des Ruhrgebiets.

Die deutschen Gemeinden stehen diesen Bestrebungen größtenteils ablehnend gegenüber. Die Gaswerke würden sich bei Stilllegung ihrer Produktion aller Möglichkeit bedienen, die ständigen Erfolge der Technik auf dem Gebiete der Kohleveredlung nutzbringend zu verwerten. Bei politischen und wirtschaftlichen Veränderungen im Ruhrgebiet würde die Gaslieferung zweifellos überhaupt aufhören.

Die Ferngasversorgung ist eine Frage von solchem volkswirtschaftlichem Ausmaß und solcher überörtlicher Bedeutung, daß ihre Lösung im Rahmen privatwirtschaftlicher Zielsetzung nicht tragbar erscheint. Die Gefahren einer Monopolisierung der Gasmwirtschaft in privater Hand sind nicht abzusehen, sobald die Eigenerzeugung der Städte eingestellt wäre.

Ein weiterer Vorstoß gegen die öffentliche Wirtschaft liegt in der Forderung, die öffentlichen Betriebe zu befeuern. Eine solche Befehuerung wäre nur eine unnütze Veranschönerung der Verwaltung- und Berechnungsarbeit, die unverantwortlich wäre angesichts der finanziellen Lage Deutschlands. Bei dem steuerartigen Charakter der Löhne öffentlicher Betriebe würde nämlich eine Befehuerung der öffentlichen Unternehmungen nur eine Steuer von einer Steuer sein. Sie würde lediglich ein Loch in den öffentlichen Finanzen aufreißen und zum Ausgleich dieser Mindereinnahmen eine Erhöhung der Bekleidungs- und Steuerlasten erfordern.

Man wirft den Leitern öffentlicher Betriebe Mangel an Initiative vor. Im selben Atemzuge aber legt man die Verantwortung der öffentlichen Wirtschaft heftig an, die doch ein Zeichen von Lastrast und Unternehmungsgeist ist. Ich glaube aber, daß die Leiter öffentlicher Betriebe sich in ihrer Verantwortung fester gebunden fühlen als ein Privatunternehmer, der niemandem verantwortlich ist, zumal die öffentlichen Betriebe ganz anders der Kritik ausgesetzt sind als die Privatbetriebe. Als besonderes Hebel der öffentlichen Unternehmungen wird nämlich ihre Politisierung bezeichnet; sowohl die Verwaltungsräte als auch die Aufsichtsräte der Betriebsgesellschaften seien nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt. Das stimmt bis zu einem gewissen Grade, aber die Privatwirtschaft ist nicht weniger politisiert. Ohne die finanzielle Unterstützung der Privatwirtschaft wären die rechtsstaatlichen Organisationen schon längst abgefaßt. Der einzige Unterschied ist der:

Die Privatwirtschaft ist einseitig rechtsstaatlich politisiert, während die Stadtparlamente und die Aufsichtsräte der öffentlichen Gesellschaften aus den verschiedensten Parteien zusammengesetzt sind.

Die Behauptung, daß die private Wirtschaft infolge ihrer höheren Beweglichkeit produktiver sei als die öffentliche Wirtschaft, ist falsch. Die Privatwirtschaft hat kein Recht, die Produktivität oder Inproduktivität öffentlicher Betriebe zu beurteilen, da sie selbst ungeheure Produktionsverluste in häufigen Krisen, eine geringe Ausnutzung der vorhandenen Anlagen, Millionen Arbeitslose, Produktionsrückgang durch Syndikate und künstliche Hochhaltung der Preise usw. zu verzeichnen hat. Die Gemeinbetriebe der öffentlichen Wirtschaft können nicht dem Negativbeispiel, sondern von der allgemeinen Wirtschaftslage und den Prinzipien, also von Wirtschaft, dem der Privatwirtschaft.

Endlich werden der öffentlichen Wirtschaft Bürokratie und Schwerfälligkeit zum Vorwurf gemacht. Man belächelt den langwierigen Weg im Behördenaufbau und übersieht dabei den langwierigen Weg eines unrichtigen Zwischenhandels, den heute eine Ware durchlaufen muß auf dem Wege vom Produzenten zum Verbraucher. Was dem Augenstehenden vielfach als Bürokratisierung erscheint, ist einfach Ordnung und Präzisionsarbeit der Menschennatur. In den Privatbetrieben steht oft weit mehr Anarchismus als in den kommunalen Betrieben.

Alle Argumente, mit denen die Privatwirtschaft die öffentliche Wirtschaft bekämpft, sind in der Tat nur Symptome — die wirklichen Gründe liegen auf ganz anderen Gebieten. Man will die durch das allgemeine Wahlrecht ge-

politischen Einfluß gekommener Bevölkerungsschichten auch weiterhin in wirtschaftlicher Dynamik erhalten und von der Wirtschaftsführung ausschließen.

Die Angriffe der Privatwirtschaft gegen die wirtschaftliche Befähigung der öffentlichen Hand sind nur der Versuch, die politischen Kräfteverschiebungen der letzten Jahre wirkungslos zu machen. Der Kampf der Privatwirtschaft richtet sich nur dem Namen nach gegen die angebliche Wirtschaft der öffentlichen Hand. In Wirklichkeit handelt es sich um machtpolitische Bestrebungen der Wirtschaft unter Führung der Schwerindustrie.

Der öffentliche Betrieb arbeitet kaum anders als ein Privatbetrieb. Die Produktionstechnik und Kalkulation sind die gleiche. Der Unterschied beginnt erst bei der Verwendung des erzielten Mehrwerts.

Völlig abzulehnen ist die gemischt-wirtschaftliche Betriebsform. Der gemischte Betrieb ist nichts anderes als ein Kompromiß, als ein Versuch des Privatkapitals, seine Machtsphäre hinterherum wiederzugewinnen unter dem Vorwand des öffentlichen Interesses und unter Ausnutzung öffentlicher Monopolrechte. Die Weiterentwicklung der öffentlichen Wirtschaft geht in eine ganz andere Richtung. Der interkommunale Betrieb hat die Zukunft für sich. Eine weitere Aufgabe sehe ich in folgendem: Die öffentlichen Betriebe müssen sich zu der Erkenntnis durchringen, daß hohe Lebenslöhne nicht an hohe Tarife gebunden sind, sondern daß auch hier großer Nutzen bei kleinem Nutzen erzielt werden kann. Die öffentliche Wirtschaft ist nur solange auf dem richtigen Wege, wie der Verbrauch zunimmt. Andernfalls artet sie zum Staatskapitalismus aus.

Wenn man in die Zukunft der Gemeinwirtschaft blickt, wie wir es hier vorhin betrachteten, dann darf man auch nicht die Grenzen der öffentlichen Bewirtschaftung übersehen. Die Befriedigung individueller Wünsche wird man der Privatwirtschaft überlassen. Die öffentliche Hand fühlt auch keine Veranlassung, in das Gebiet der Kleinbetriebe hindereinzugreifen. In gleicher Weise bin ich gegen jede Produktion der öffentlichen Wirtschaft für den freien Markt. Das sind Fremdgebiet. Auch halte ich eine öffentliche Betätigung bei der Güterverteilung, also im Warenhandel, für durchaus entbehrlich. Wo eine Selbsthilfe der Verbraucher in Form von Konsumgenossenschaften möglich ist, ist der öffentliche Betrieb überflüssig.

Kunmehr noch einige Worte über die Privatwirtschaft selbst, die ich in meinen Ausführungen über die öffentliche Wirtschaft so oft habe streifen müssen. Die von ihr aufgebaute Wirtschaftssysteme wurde zur Wirtschaftsunordnung. Wir sehen eine wirtschaftliche Anarchie vor uns: Aufsichtsräte, die keine Aufsicht führen, Preispolitik ohne Zusammenhang mit der vorhandenen Konjunktur, Syndikate, die die Produktion droffeln und dadurch zusätzliche Arbeitslosigkeit hervorufen, und Fehlinvestitionen. Wir erleben eine Wirtschaft ohne Wirtschaftlichkeit und daraus resultierende Krisen, die Millionen Familien um Arbeit und Brot bringen. Ein übermäßig aufgeblähter Apparat von Vermittlern schiebt sich zwischen Erzeugung und Verbrauch, verteuert und kompliziert die Bedarfsdeckung. Wirtschaft in zahllosen Betrieben zeigt, wie weit wirtschaftliche Macht und Führerqualitäten auseinanderfallen. Der Unternehmer sieht nur den Unkostenfaktor in den Löhnen, aber nicht denselben in seinem Unternehmergewinn. Dabei hat sich der Unternehmer aber immer mehr aus dem Risiko gestülcht. Jahrbüchertelang war die ganze Aufmerksamkeit der Wirtschaft nur auf die Güterökonomie konzentriert. Man kümmerte sich nicht darum, wie es mit der Menscheneconomie ausah. Der Unternehmer preicht die Gewinne aus der Rationalisierung und Intensivie-

rung der Arbeit ein, aber er überläßt ruhig der Gesellschaft die Unterhaltung der freigelegten Arbeitskräfte. Dieser Widerspruch verschwindet erst, wenn einmal das privatwirtschaftliche Erwerbsinteresse im Produktionsprozeß zurückgedrängt wird durch die öffentliche Unternehmung.

Die Gewerkschaften haben als Organisation des organischen Betriebskapitals die Mission, den Menschen in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu stellen, die Erhaltung seiner Arbeitskraft und Lebenskraft als das wichtigste Ziel aller Detonomie zu betreten. Die Wirtschaftsgeschichte war bisher die Geschichte des Befreiungskampfes des Arbeiters. Von der Sklavenerfreierung über die Bauernbefreiung ging der Weg zur konstitutionellen Freiheit und führt weiter zur Selbstverwaltung und Demokratisierung der Wirtschaft, die vorerst nur im Rahmen des öffentlichen Betriebs erprobt werden können.

Vor allem sind die inneren Reparationen an die Privatwirtschaft, also die Schutzölle, Subventionen, Exportprämien, Unfallgarantien usw. abzubauen. Ferner ist ein Aufsichtsausschuss für Banken zu errichten. Die staatliche Kontrolle muß die Handlungsfreiheit der großen Wirtschaftsorganisationen unter dem Gesichtspunkte des Gesamtwohls einschränken. Endlich aber müssen die Preise herabgesetzt werden. Die Preisgebung ist so ungeheuer wichtig, weil von ihr der volkswirtschaftliche Verteilungsprozeß der Produktion abhängt. Außerdem ist Preislenkung wertvoller als jede Lohnerhöhung, da Lohn erhöhungen in aller Stille durch Preissteigerungen annulliert werden können. Niedrige Preise und wirkliche Wiederherstellung der freien Konkurrenz können der Privatwirtschaft einen neuen Inhalt geben.

Die Forderung nach wirtschaftlicher Demokratie unterscheidet die Sozialdemokraten von den bürgerlichen Demokraten. Die öffentlichen Betriebe sind ein Stück Wirtschaftsdemokratie. Der Kampf der Unternehmerschaft gegen diese öffentlichen Betriebe zeigt, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Das Schwerkgewicht der Wirtschaftspolitik muß in den kommenden Jahren aus der privatwirtschaftlichen in die öffentliche Sphäre verlegt werden, um eine bessere Wirtschaftsverfassung zu erlangen.

Hierbei muß auf den vorhandenen öffentlichen Betrieben aufgebaut werden. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung beruht auf dem Eigentum an den Produktionsmitteln. Dieses Eigentum wird durch die öffentliche Wirtschaft und durch die Wirtschaftsdemokratie eingeschränkt. Die Umwandlung des Wirtschaftssystems ist kein fernes Zukunftsziel, sondern ein täglich fortschreitender Entwicklungsprozeß, an dem wir bauen müssen Stein um Stein. Ein neues Wirtschaftssystem kann man nicht ausruhen. Wer nicht bloß eine bessere Zukunft, sondern auch schon eine bessere Gegenwart will, muß an praktischer Gegenwartsarbeit mit Sand anlegen. Mit einem Verfall der heutigen Wirtschaft kommt man nicht weit. Auf Trümmern läßt sich keine neue Wirtschaft aufbauen.

Auch die Wirtschaft unterliegt der Dynamik der Entwicklung. Eine höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation wächst heran. Bei der Neubildung dieser Wirtschaftssysteme muß das Gesamtinteresse die Führung behalten, weil das Gesamtinteresse allein an die Zukunft denkt und den Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen sucht. Wir wollen unserer Generation wieder eine Mission in die Hand geben: die wirtschaftliche Demokratie.

Wir stehen auf geschichtlichem Boden. Hier in Frankfurt (Main) hat die politische Demokratisierung Deutschlands ihren ersten Ausdruck in der deutschen Nationalversammlung 1848 gefunden. Und von hier aus ergeht heute von dem Parlament der Arbeit der Ruf nach der wirtschaftlichen Demokratie.

Die neue Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung

vom 27. August 1931.

In der Verordnung vom 5. Juni 1931 wird bestimmt, daß die bestehende Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung (Kurzarbll.) am 1. September 1931 außer Kraft tritt, sofern der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sie nicht durch eine Regelung ersetzt, die der neuen Reichslage Rechnung trägt.

Der Präsident der Reichsanstalt hat demzufolge durch die Verordnung vom 27. August 1931 eine Neuregelung der Kurzarbll. getroffen.

Es ergibt sich für die Kurzarbeiter aus dieser Verordnung ab 31. August 1931 nun folgende Rechtslage:

1. Wer hat einen Anspruch auf Kurzarbll.? (Art. I ZD.)
a) Anspruch auf Kurzarbll. aus Mitteln der Reichsanstalt hat jeder Arbeitnehmer eines gewerblichen Betriebes (§ 105b, Abs. 1 ADO.), in dem „regelmäßig“ 10 Arbeitnehmer beschäftigt werden.

Es müssen ferner in der „Kalenderwoche“ infolge Arbeitsmangel mindestens 3, 4 oder 5 volle Arbeitstage ausfallen.

Wird an diesen Tagen auch nur 1 Stunde oder an allen Arbeitstagen der Kalenderwoche je 1 Stunde oder 2 Stunden gearbeitet, dann besteht ein Unterstützungsanspruch nicht.

Ein Wochenfeiertag (Wutztag, Karfreitag usw.) wird als Ausfalltag nur gewährt, wenn nach der Arbeitszeitregelung für den betreffenden Betrieb an diesem Tage auch dann nicht gearbeitet worden wäre, wenn er ein Werttag war.

Wurde z. B. bisher an den ersten drei Tagen der Kalenderwoche gearbeitet, dann gilt der Donnerstag beispielsweise, wenn er in einer Woche ein Feiertag ist, als Ausfalltag und bleibt dem Kurzarbeiter der Unterstützungsanspruch erhalten.

b) Wird innerhalb zweier aufeinanderfolgender Kalenderwochen voll oder verkürzt gearbeitet und anschließend eine Kalenderwoche gefeiert, so steht der Ausfall von je zwei vollen Arbeitstagen in der Doppelwoche dem Ausfall eines vollen Arbeitstages in der Kalenderwoche gleich.

c) In der ersten Kalenderwoche nur 1 Tag, der anschließenden Kalenderwoche dagegen überhaupt nicht gearbeitet wird, so fallen insgesamt 11 Arbeitstage aus. Da nach Artikel I, Abs. 2 der Verordnung der Ausfall von je zwei vollen Arbeitstagen in der Doppelwoche dem Ausfall eines vollen Arbeitstages in der Kalenderwoche gleichsteht, ist dann die Kurzarbll. so zu gewähren, wie wenn in jeder der beiden Wochen 5 Arbeitstage ausfielen. D. h. unter Zugrundelegung der Regelung des Art. II, Abs. 1 der Verordnung können dann für jede dieser beiden Kalenderwochen 3 für die Doppelwoche also 6 Tageslöhne als Kurzarbll. gewährt werden.

d) Kurzarbll. erhalten nur solche Arbeitnehmer, die in einer nach § 69 ADO. versicherungspflichtigen Beschäftigung stehen.

e) Eine weitere Voraussetzung für den Unterstützungsbezug ist, daß sich das Arbeitsentgelt durch den Arbeitsausfall entsprechend verringert. Arbeitnehmer, die z. B. Kurzarbeit leisten, haben keinen Unterstützungsanspruch, wenn ihnen der Arbeitgeber trotz der Kurzarbeit den vollen Lohn weiterzahlt.

2. Wie hoch ist die Kurzarbll. für den einzelnen Arbeitnehmer? (Art. II der VB.)

a) Die Höhe der Kurzarbll. bestimmt sich nach Lohnklassen, gemäß § 105, Abs. 1 ADO., nach der Zahl der zu-

schlagsberechtigten Angehörigen und nach der Zahl der ausgefallenen Arbeitstage. Für die Bestimmung der Lohnklasse ist das Arbeitsentgelt maßgebend, das der Kurzarbeiter in der gleichen Unterstützungswoche bei voller Beschäftigung in der betriebsüblichen Zahl von Arbeitstagen erreicht haben würde.

Es ergeben sich folgende Sätze:

Wöchentliche Kurzarbll. beim Ausfall von 3 Arbeitstagen:

Wöchentliches Arbeitsentgelt	Lohnklasse	Kurzarb. ohne Zuschlagsber. Angehörige	Kurzarbeiter mit Zuschlagsber. Angehörigen			
			1	2	3	4 od. mehr
Bis 10 RM.	I	1,-	1,20	1,40	1,55	1,70
Mehr als 10—14 RM.	II	1,20	1,40	1,60	1,80	2,-
" " 14—18 "	III	1,35	1,70	2,05	2,40	2,70
" " 18—24 "	IV	1,50	2,-	2,50	3,-	3,50
" " 24—30 "	V	1,70	2,40	3,10	3,80	4,-
" " 30—36 "	VI	1,90	2,80	3,70	4,60	5,-
" " 36—42 "	VII	2,10	3,20	4,30	5,40	6,-
" " 42—48 "	VIII	2,30	3,60	4,90	6,20	7,-
" " 48—54 "	IX	2,50	4,-	5,50	7,-	8,-
" " 54—60 "	X	2,70	4,40	6,10	7,80	9,-
" " 60 RM.	XI	2,90	4,80	6,70	8,60	10,-

Wöchentliche Kurzarbll. beim Ausfall von 4 Arbeitstagen:

Wöchentliches Arbeitsentgelt	Lohnklasse	Kurzarb. ohne Zuschlagsber. Angehörige	Kurzarbeiter mit Zuschlagsber. Angehörigen			
			1	2	3	4 od. mehr
Bis 10 RM.	I	2,-	2,30	2,60	2,90	3,15
Mehr als 10—14 RM.	II	2,40	2,80	3,20	3,60	4,-
" " 14—18 "	III	2,70	3,25	3,80	4,35	4,90
" " 18—24 "	IV	3,-	3,75	4,50	5,25	6,-
" " 24—30 "	V	3,40	4,40	5,40	6,40	7,25
" " 30—36 "	VI	3,80	5,05	6,30	7,55	8,65
" " 36—42 "	VII	4,20	5,70	7,20	8,70	10,05
" " 42—48 "	VIII	4,60	6,35	8,10	9,85	11,45
" " 48—54 "	IX	5,-	7,-	9,-	11,-	12,85
" " 54—60 "	X	5,40	7,65	9,90	12,15	14,25
" " 60 RM.	XI	5,80	8,30	10,80	13,30	15,65

Wöchentliche Kurzarbll. beim Ausfall von 5 Arbeitstagen:

Wöchentliches Arbeitsentgelt	Lohnklasse	Kurzarb. ohne Zuschlagsber. Angehörige	Kurzarbeiter mit Zuschlagsber. Angehörigen			
			1	2	3	4 od. mehr
Bis 10 RM.	I	3,-	3,40	3,80	4,20	4,60
Mehr als 10—14 RM.	II	3,60	4,20	4,80	5,40	6,-
" " 14—18 "	III	4,05	4,85	5,65	6,45	7,25
" " 18—24 "	IV	4,50	5,55	6,60	7,65	8,70
" " 24—30 "	V	5,10	6,40	7,80	9,15	10,50
" " 30—36 "	VI	5,70	7,35	9,-	10,65	12,30
" " 36—42 "	VII	6,30	8,25	10,20	12,15	14,10
" " 42—48 "	VIII	6,90	9,15	11,40	13,65	15,90
" " 48—54 "	IX	7,50	10,05	12,60	15,15	17,70
" " 54—60 "	X	8,10	10,95	13,80	16,65	19,50
" " 60 RM.	XI	8,70	11,85	15,-	18,15	21,30

- b) Lehnt der Kurzarbeiter es ab, an den Ausfalltagen andere, ihm zugewiesene unentgeltliche Arbeit zu verrichten, dann wird ihm die Kurzarbill. nicht gewährt.
Die Kurzarbill. wird auch verjagt oder entzogen, wenn dem Kurzarbeiter anderweit Arbeit nachgewiesen werden kann und er sie ablehnt. (Art. 6 B.O.) Es finden hier die Vorschriften der §§ 90 und 98a bis c WVBVG. über die Verhängung der Sperren analoge Anwendung.
- c) Die Erfüllung einer Anwartschaftszeit ist nicht erforderlich. Während nach den Bestimmungen der alten B.O. über Kurzarbill. die Erfüllung der 62 bzw. 20wöchigen Anwartschaft (§ 95 WVBVG.) abhängig war, hat nach der neuen Bestimmung jeder Kurzarbeiter ohne jegliche Anwartschaftszeit einen Anspruch auf Kurzarbill.
- 3. Welche Wartezeit kommt für die Kurzarbill. in Frage? (Art. III B.O.)
Kurzarbill. darf nur gewährt werden, wenn in dem Betrieb oder in einer Abteilung unmittelbar zuvor in zusammenhängenden Kalenderwochen insgesamt mindestens 8 volle Arbeitstage für die Mehrheit der Arbeitnehmer durch Kurzarbeit oder Ausfällen ausgefallen sind.
Zu beachten ist jedoch, daß in jeder dieser Kalenderwochen mindestens 2 volle Arbeitstage ausfallen müssen und sich dadurch das Arbeitsentgelt entsprechend verringern. Hiernach beträgt die Wartezeit zwei Wochen, wenn er vier Tage, 3 Wochen, wenn er 3 Tage und 4 Wochen, wenn er 2 Tage mit der Arbeit wöchentlich ausfallen muß.
- 4. Wann beginnt die Kurzarbill.? (Art. IV B.O.)
Die Kurzarbill. wird erst gewährt, nachdem die Kurzarbeit dem Arbeitsamt angezeigt worden ist. Die Anzeige muß gleichzeitig eine Angabe darüber enthalten, nach welchem Arbeitsplan die Kurzarbeit durchgeführt werden soll. Die Unterstützung beginnt frühestens mit der Kalenderwoche, die auf den Eingang der Anzeige der Kurzarbeit beim Arbeitsamt folgt.
Geht die Anzeige beim Arbeitsamt z. B. am Montag ein, dann beginnt die Unterstützung erst mit dem Montag der nächsten Woche. Wird die Kurzarbeit dagegen schon am Sonnabend der vorhergehenden Kalenderwoche beim Arbeitsamt angezeigt, dann beginnt die Unterstützung schon an dem darauffolgenden Montag.

- 5. Wie ist die Rechtslage bei Unterbrechungen der Kurzarbill.? (Art. V B.O.)
Wird die Kurzarbill. unterbrochen, so kann Unterstützung erst wieder gewährt werden, wenn die Voraussetzungen der Wartezeit und Anzeige erneut erfüllt sind. Dabei ist zu beachten, daß die Wartezeit ganz oder teilweise in der Zeit der Unterbrechungen liegen kann.
Als Unterbrechungen gelten nicht diejenigen Kalenderwochen, in denen infolge Arbeitsmangel zwei volle Arbeitstage ausgefallen sind.
Außer Betracht bleibt ferner eine Unterbrechung, die für sich allein nicht mehr als drei zusammenhängende Kalenderwochen und mit früheren kurzfristigen Unterbrechungen zusammengerechnet, innerhalb des letzten Jahres nicht mehr als 8 Wochen beträgt. Kurzfristige Unterbrechungen, die vor dem 1. Juli 1931 liegen, bleiben hierbei unberücksichtigt.
- 6. Das Verfahren in der Kurzarbill. (Art. VII B.O.)
Als zuständiges Arbeitsamt kommt dasjenige in Frage, in dessen Bezirk der Betrieb liegt, in dem der Kurzarbeiter beschäftigt wird. Diese Bestimmung ist insbesondere für die Anzeige der Kurzarbeit von großer Bedeutung. Geht die Anzeige nämlich an ein unzuständiges Arbeitsamt, dann kann dadurch der Beginn der Kurzarbill. hinausgeschoben werden.
Der Antrag auf Kurzarbill. sowie die Anzeige der Kurzarbeit kann vom Arbeitgeber oder von der Betriebsvertretung über — sofern eine solche nicht besteht — von jedem Kurzarbeiter für alle Kurzarbeiter des Betriebes erstattet werden.
Ist die Anzeige der Kurzarbeit unterblieben, so gilt der Antrag auf Kurzarbill. gleichzeitig als Anzeige.
Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts kann für die Kurzarbeiter auch bestimmte Nebenpflichten einführen.
- 7. Dertliche oder berufliche Einschränkung der Kurzarbill. (Art. VIII B.O.)
Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts kann die Kurzarbill. ferner für bestimmte Bezirke oder Berufe, in denen kein Bedürfnis für die Kurzarbill. besteht, ausschließen.
Prof. Willewicz, Hannover.

tische Entwicklung der Dinge. Wir wollen die Staaten unter die Herrschaft des sozialistischen Willens bringen. Die kapitalistische Wirtschaft wird noch nicht zusammenbrechen. Wir aber müssen den Machtwillen der Arbeiterklasse in dieser Richtung zu großen Wirkungen steigern können, nicht durch Bürgerkrieg und Zusammenbruch, sondern dadurch, daß wir den Völkern beizubringen, daß nur die sozialistischen Lösungen aus dieser Krise hervorzuführen, und daß wir den Massen die Wahrheit einhämmern.

Die Zeit ist trüb genug, wenn wir die Gegenwart betrachten und nicht wissen, wie lange wir im bisherigen Tal zu wandern haben. Aber diese eine Hoffnung ist stärker geworden: der Sozialismus kommt, weil er die einzige Lösung aus dem Elend der Menschheit von heute ist!

Nach Tarnow behandelte noch unser Kollege Parfisch die Strukturwandlungen in einer Anzahl unserer Industrien, die Auswirkung der Rationalisierung in der Ziegel- und Zementindustrie und die Verkürzung der Arbeitszeit in verschiedenen Industriezweigen. Prieckel vom Müllerverband verlangte Verbot der Schwarzarbeit und Einschreiten gegen Doppelverdiener. Zimmer-Bergarbeiterverband forderte Aufteilung des Arbeitsvolumens auf die ganze Arbeiterklasse und die Einführung der Fünftagewoche in der Brauindustrie sowie Verkürzung der Arbeitszeit in den handwerklichen Betrieben.

In seinem Schlußwort ging Professor Dr. Lederer auf die Ausführungen der Diskussionsredner ein und kam zu folgender Schlußfolgerung: Die vorhandene Arbeitsmenge mit erheblichen Opfern für den einzelnen aufzuteilen, dieser Frage steht leider die Regierung mit einer vollständigen Apathie gegenüber. Viele Unternehmer — keine Sozialisten — bezeichnen diese Forderung und Lösung als durchführbar von heute auf morgen. Aber die große Zahl der Unternehmer sieht dieser Lösung feindselig gegenüber, und deshalb traut sich auch die Regierung nicht an die Frage heran. Für die Unternehmer ist meist nur die Frage gegeben, wie lange die Maschinen arbeiten! Es ist unbegründlich, daß der Wachstums- und Interessenstandpunkt der Unternehmer allein ausschlaggebend sein soll. Um so wichtiger ist es, daß nicht nur die Gewerkschaften, sondern die weitestehende Öffentlichkeit sich mit dieser Frage einer neuen Volksgemeinschaft befähigt, der einzigen Lösungsmöglichkeit aus dieser schweren Lage. (Lebhafter Beifall.)

Das am Mittwoch vom Kollegen Oberbürgermeister Brauer-Mitton gehalten und begeistert aufgenommenen Referat über die „Öffentliche und private Wirtschaft“, das wir in dieser Nummer als Leitartikel bringen, wurde diskutiert. Es gab, Graphischer Verband, Lengerdorf, Gesamtverband, Wegner, Eisenbahner, Bernhard, Bau-gewerksbund, Wasnik, Landarbeiterverb., und Prieckel, Müllerverband, befruchtete die Diskussion.

Brauer gab in seinem Schlußwort noch einzelne Hinweise, was die Privatwirtschaft erreicht, wie sie die öffentliche Wirtschaft bereuen, und was die Regierungsbestrebungen bringen werden. Mit der Aufforderung „vorwärts zum demokratischen Volkstaat mit Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Gemeinden. Wenn diese Gedanken sich nach diesem Kongress Geltung verschaffen, dann hat er sich um Deutschland und die ganze Welt ein Verdienst erworben“, schloß Brauer.

Die Aussprache zum Referat Körpel über „Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts“ eröffnete Schmidt, Fabrikarbeiterverband. Er spricht als Mitglied der Kommission: Die Entschliebung Körpel bedarf in einigen Punkten der Ergänzung, gemäß dem Vorschlag des Fabrikarbeiterverbandes. Wir können es nicht dulden, daß die durch das Reichsarbeitsgericht unterstützte Willkür bei den Tarifverträgen weiterbesteht. Jedwede Verzögerung auf tarifliche Rechte ist rechtswirksam. Man hat Fälle gehabt, daß der Unternehmer den ganzen Betriebsrat schaden-erzahnpflichtig gemacht hat, wenn die Arbeiter den 1. Mai gefeiert haben. Ein Prozeß um 20 000 RM rückständigen Lohnes ging für die Arbeiter siegreich aus; aber der Unternehmer hatte kein Geld und die Arbeiter wurden zu der Tragung der Prozeßkosten verurteilt. Der Bundesvorstand wird gebeten, unsere zu solchen Vorgängen gemachten Vorschläge zu beachten und entsprechend zu formulieren. Die Garantierung des Lohnschutzes und Lehrlingschutzes wird dringend von Metallarbeitern und vom Bau-gewerksbund gefordert. Zur Frage der Arbeitsdienstpflicht wird eine abwartende Stellung empfohlen. Der Antrag der Leipziger Metallarbeiter, der militärische Beeinflussung der Jugend durch Arbeitsdienstpflicht und freiwilligen Arbeitsdienst befürchtet, soll dem Vorstand als Material überwiesen werden. Zur Annahme empfohlen wird ein Antrag der Metallarbeiter (Sauptortstand), die Bleivergiftungs-Schutzverordnung vom 24. Mai 1930 auf alle Eisenbahn-, Hoch- und Kunstbauten auszu-dehnen. Anträge der Metallarbeiter von Berlin und Leipzig für Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre unter entsprechender Anwendung der Invalidenversicherung werden als Material überwiesen.

Ein Antrag des Verbandstages der Fabrikarbeiter, dahin zu wirken, daß Reichsversicherungsordnung, Angefallenenversicherungsgesetz und Arbeitslosenversicherungsgesetz als Schutz-gesetze im Sinne des § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches anerkannt werden sollen, wird zur Annahme empfohlen, mit dem Wunsch, den § 898 der Reichsversicherungsordnung zu beseitigen. — Redner polemisiert gegen eine Ausführung Körpels und bezeichnet es als ganz unzulässig, daß die Arbeiter die Möglichkeit der Beitragsleistung kontrollieren könnten. Wir verlangen auch ausreichenden Schutz gegen Unfälle. Der Arbeiter müßte den vollen Schadenertrag fordern können, wenn er einen Unfall erleidet, nicht wie bisher zwei Drittel.

Zu dem Thema hatten sich 25 Redner gemeldet, die aber nicht alle zum Wort kommen konnten. In der Aussprache beteiligten sich noch unser Kollege W. L. Hannover, Niedeck-Verlin, Eisenburg-Köln, Rosenzweig-Verlin, Dr. Bröder-Verlin, Schleicher-Verlin, Lipshitz-Verlin, Wender-Verlin, Hohle-Köln, Brummert-Keipzig, Fiegler-Breslau, Anna Zell-Magdeburg und Ahrens-Köln. In seinem Schlußwort konnte sich Körpel kurz fassen. Die Hauptforderungen zum Arbeitsrecht wurden in einer an derber Stelle erscheinenden und einstimmig angenommenen Resolution zusammengefaßt.

Die Wahl des neuen AOB-Vorstandes hatte folgendes Ergebnis:
Von 307 Delegierten haben sich 285 beteiligt.
Es erhielten: Leipzigt 276, Graßmann 250, W. Eggert 275, Medafler H. Umbreit 284, Spliedt 270, Weder 271, N. Bernhard 284, Pruns 277, Janichet 274, Mahler 271, Reichelt 282, Schrader 280, Tarnow 251, Schlimme 283 Stimmen.

Außerdem erhielten: Schmidt 12, Fiegler 1 Stimme.
Kollege Leipzigt dankte im Namen der Gewählten für das Vertrauen und widmete in ehrenvollen Worten die Verdienste der ausscheidenden Bundesvorstandsmitglieder Hermann Kube und Alexander Knoll.

Darauf wurden die noch vorliegenden Anträge gar schnell erledigt und die Begrüßung und der Dank einiger ausländischer Delegierten angehängt.

Kollege Braudes, als einer der Vorliegenden, hielt die Schlußansprache, die in einem Hoch auf die Gewerkschaften ausklang.
Damit war der 14. Gewerkschaftskongress beendet.

Der notverordnete freiwillige Arbeitsdienst

Trotz des energischen Protestes der Arbeiterschaft und ihrer wirtschaftlichen und politischen Vertretungen der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei ist der in der Zweiten Notverordnung vom 5. Juni 1931 vorgesehene freiwillige Arbeitsdienst nun doch Tatsache geworden. Das bedeutet zweifellos ein Rückschritt an diejenigen Kreise, die schon seit jeher für das sogenannte Arbeitsdienstjahr plädieren. In der heutigen Zeit, in der Millionen von Frauen und Männern monatelang ja sogar jahrelang geradezu nach Arbeit suchen, notverordnet die Reichsregierung den freiwilligen Arbeitsdienst und glaubt, damit etwas zur Beseitigung der Wirtschaftskrise, in der wir leben, beizutragen.

In dieser Zeit des Arbeitsmangels, in der Tausende und aber Tausende von Arbeitnehmern auf Teile des ihnen tariflich zustehenden Lohnes und auf ihre sonstigen Rechte gegenüber den Arbeitgeberinnen verzichten und recht oft die größten Erniedrigungen seitens der Unternehmer — wenn auch zähneknirschend — auf sich nehmen, um nur ihre Arbeitsstellen noch zu erhalten, muß die Notverordnung über den freiwilligen Arbeitsdienst auf die gesamte Arbeitnehmererschaft geradezu verhängend wirken.

Wenn von den Millionen wegen Arbeitsmangel entlassenen Arbeitnehmern nach der Ansicht der Reichsregierung ein bedeutender Teil auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes arbeiten soll und kann, dann wird damit doch der Nachweis erbracht, daß zwar noch Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, daß die in Frage kommende Arbeit aber nur dann verrichtet werden soll, wenn die Arbeitnehmer auf das Tarifrecht und den sonstigen arbeitsrechtlichen Schutz verzichten.

In dem durch die Notverordnung eingefügten § 130a WVBVG. wird dann auch in Absatz 4 ausdrücklich bestimmt, daß die Beschäftigung im freiwilligen Arbeitsdienst kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts begründet. Für entlassene Arbeiter ist hiernach also noch Arbeit vorhanden. Daran ändert auch die Bestimmung der Verordnung nichts, wonach nur solche gemeinnützige Arbeiten in Angriff genommen werden sollen, die nicht im Wege der Notstandsarbeiten bereitgestellt werden können oder die sonst überhaupt und insbesondere nicht in der jetzigen Zeit verrichtet werden können.

In den Ausführungsbestimmungen des Präsidiums der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 29. Juli 1931 wird zwar bestimmt, daß durch die Errichtung des freiwilligen Arbeitsdienstes nicht Arbeiter aus ihren regulären Arbeitsstellen verdrängt werden sollen. Hier werden die Vertreter der Arbeitnehmer in den verschiedensten Orten sehr wachsam sein müssen. Schon die Erfahrungen, die wir mit der Notstandsarbeit gemacht haben, lehren uns, daß unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit recht häufig die persönlichen Vorteile von Unternehmern Berücksichtigung gefunden haben.

Die Verordnung überträgt hier den Vorstehenden der Landesarbeitsämter einen großen Einfluß; denn sie haben nach Art. 8 der Verordnung mit einem aus dem Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes zu bildenden

Ausschuß darüber zu entscheiden, ob eine Arbeit auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes verrichtet werden kann oder nicht. Hier ist es insbesondere notwendig, daß die Vertreter der Arbeiterschaft in den Verwaltungsausschüssen der Landesarbeitsämter sich den notwendigen Einfluß in diesem Spezialausschuß verschaffen. Es ist aber auch im übrigen Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, diese Vertreter im Falle von Ueberregelungen der Verordnung schnellstens und wahrheitsgemäß zu unterrichten.

Wer kommt als Träger des Arbeitsdienstes in Frage?
Neben den öffentlich-rechtlichen Körperschaften, gemeinnützigen Genossenschaften oder Verbänden, welche die Arbeiten für eigene Rechnung und unter eigener Verantwortung ausführen, werden als Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes auch noch Vereinigungen und Verbände genannt, welche Gruppen von Arbeitsdienstwilligen zusammenfassen und für den freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung stellen. Nach Artikel 2 der Verordnung werden von dem freiwilligen Arbeitsdienst solche Vereinigungen und Verbände von vornherein ausgeschlossen, bei denen der begründete Verdacht besteht, daß sie den freiwilligen Arbeitsdienst zu politischen oder staatsfeindlichen Zwecken mißbrauchen. Trotz dieser Vorchrift bedeutet nach unserer Meinung allein schon die Möglichkeit der Zulassung dieser Verbände und Vereinigungen als Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die politische und kulturelle Betreuung der Arbeitsdienstwilligen. Die eifrigen Verfechter des freiwilligen Arbeitsdienstes (von der Deutschen Volkspartei bis zu den Nazis) werden nun solche Vereinigungen ins Leben rufen, in ihnen ihre Glaubensgenossen zusammenfassen und dem freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung stellen. Der Geist, der dann in einer solchen Arbeitsgruppe gezeugt wird (hier dann sogar noch mit Mitteln der Allgemeinheit), kann alles andere als republikanisch sein. Auch hier wird es Aufgabe der freiorganisierten Arbeiterschaft sein, aufzupassen.

Welche Personen können sich am freiwilligen Arbeitsdienst beteiligen?
Für die Teilnahme am freiwilligen Arbeitsdienst kommen in erster Linie die Empfänger von Arbeitslosen- und Arbeitsunterstützung beiderlei Geschlechts und ohne Altersunterschied in Betracht.

Arbeitslose Jugendliche unter 21 Jahren, die nach § 87, Absatz 2 WVBVG. deshalb keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, weil sie auf einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch verwiesen werden können, oder solche, die das vorgeschriebene Alter für die Arbeitsunterstützung noch nicht erreicht haben, können sich am freiwilligen Arbeitsdienst nur dann beteiligen, wenn der Reichsarbeitsminister hierfür besondere Reichsmittel zur Verfügung stellt.

Auch Wohlfahrtsunterstützungsempfänger können vom freiwilligen Arbeitsdienst befreit werden, wenn die Bezirksfürsorgeverbände Mittel hierfür bereitstellen. (Schluß folgt.)

Schlußbericht vom Gewerkschaftskongress

Das Referat Professor Dr. Lederers war mit ein Höhepunkt des Gewerkschaftskongresses. Einen Auszug der Rede brachten wir bereits. In der Aussprache kamen namhafte Vertreter der Gewerkschaften zum Wort, die die theoretischen Untersuchungen Lederers mit praktischen Beispielen aus der Wirtschaft ergänzten und erdrückendes Material vorbrachten. Aber auch an Kritik des privatkapitalistischen Systems ließen sie es nicht fehlen. Eggert vom Dr. Besvorstand behandelte die Verkümmern des Lohnes auf den Märkten, die bedeutend geringere Leistung der Arbeitskraft, die nicht ausgenutzte Kapazität der Wirtschaft. Bernhard vom Bau-gewerksbund wies auf die Lage des Banmarktes und auf die Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe hin; Reichel vom Metallarbeiterverband und Schöller vom Textilarbeiterverband brachten die Rationalisierungswirkungen in den von ihnen vertretenen Industrien zur Sprache. Spliedt vom Bundesvorstand kennzeichnete die Arbeitsnot der Jugend und die verjüngende Tätigkeit des Reichsarbeitsministeriums in der Arbeitszeitverkürzung. Tarnow brachte besonders das Versagen des Kreditmechanismus vor und war der Ansicht, daß an dieser Kreditkrise die Volkswirtschaften der wichtigsten Länder der Welt zusammenbrechen. Wir wehren uns gegen den Zusammenbruch der Wirtschaft, da dieser noch nicht das Ende des kapitalistischen Systems bestimmt aber die physische Vernichtung von Millionen Arbeitsgenossen wäre.

Warum könnte man den Kreditmechanismus nicht ändern, wenn der Wille dazu da ist? Wir haben heute viel zu viel Sachkapital, aber Mangel an mobilisiertem Kapital. Dieses ist nicht greifbar. Ist es denn wahr, daß dieser kapitalistische Kreditmechanismus unabänderlich ist? Ist es wahr, daß auch das mobile Kapital immer wieder verarbeitet werden muß, bevor es angewendet wird? Oder ist es möglich, wenn erarbeitetes Kapital nicht zur Verfügung steht, den Mechanis-

mus dieses Kreditmechanismus anderweitig zu ersetzen? Ich komme immer mehr zu der Überzeugung, daß die Lösung des Krisenproblems auf diesem Gebiete zu suchen haben. In Genf wird augenblicklich die Frage der Arbeitszeitverkürzung erörtert. Ich befürchte, wenn die Kreditverhandlungen, die mit diesem Projekt verbunden sind, weiter nichts zum Ziel haben, als das vorhandene engergesteckte Kreditssystem zu lockern, der Optimismus von Thomas einen Dämpfer bekommen wird. Was nötig wäre nach meiner Meinung, ist, daß die Regierung der notleidenden Völker überlegen, ob man nicht dem Kreditmechanismus entweichen kann, und zwar durch internationale großzügige und kluge Kreditorganisation, unter Solidarität der Staaten auf neuen Wegen, die möglich sein müssen neben dem kapitalistischen System, wenn dieses nicht mehr funktionieren will.

Der zwischen Brasilien und Amerika begangene Weg auf die Reform zurück, wäre denkbar und ist jedenfalls besser als ein verrostetes System. Darüber müßte man einmal Professor Lederer hören. Wenn eine Lösung gesucht und gefunden ist, die der Not des Augenblicks steuert, so daß wir noch in der kapitalistischen Ära genesen, so bedeutet das Eingreifen der öffentlichen Gewalt auch ein Stück Sozialismus. Damit könnte man den Prozeß einstellen. Diese Tatsache, daß eine solche von Regierungen kontrollierte und geführte Kreditorganisation dem kapitalistischen System die Grundfrage entziehen müßte, hindert ja gerade die Regierungen daran, an solche Wege ernsthaft zu denken.

Daraus ergibt sich, daß der Einfluß der Arbeiterbewegung auf die Politik der Regierungen von ungeheurer Bedeutung ist für die Verwirklichung unserer sozialistischen Ziele. Wenn wir auch sagen, daß die Umwandlung des Kapitalismus zum Sozialismus nicht in einigen Monaten oder Jahren zu vollziehen ist, so glauben wir noch lange nicht an eine automa-



Standalöses Unterfangen

Wenn diese Zeilen ins Land gehen, dann findet im Reichsarbeitsministerium auf Antrag der Vereinigung deutscher Flaschenfabriken eine Aussprache statt, die sich um die Einführung der Sonntagsarbeit in den kontinuierlichen Betrieben dreht. Seit Jahrzehnten kannte man in der Flaschenindustrie die Sonntagsarbeit nicht mehr. Auch bei der Einführung der automatischen Owensmaschine tauchte nicht der Gedanke der Sonntagsarbeit auf, oder, wenn dieser Gedanke wirklich in den Köpfen der Unternehmer vorhanden war, kam er wenigstens nicht zur Durchführung. Es blieb der neuen Zeit vorbehalten, Gesetzesbestimmungen herbeizuholen, die ursprünglich zum Schutze der Arbeiter geschaffen wurden, und jetzt nach dem Wunsche der Industriellen in ihr Gegenteil verkehrt werden sollen.

Die Geresheimer Glashütte machte den Anfang, und sie hatte das Glück, eine willfährige Gewerbeinspektion zu finden, die die Sonntagsarbeit zuließ. Der beim RM und beim preussischen Handelsministerium von der Branchenleitung Glas erhobene Einspruch hatte keinen Erfolg, und so war ein Jahrzehntelang bestehendes Prinzip durchbrochen.

Nunmehr gehen die Flaschenindustriellen daran, eine Ausweitung des für uns unüblichen Geresheimer Verhältnisses mit Hilfe des RM zu erlangen. Als Anlaß dazu dient den Unternehmern die Forderung der Arbeiterchaft auf Einführung des Vierstufensystems, um damit eine Einstellung von Arbeitslosen in den Produktionsprozess zu erreichen. Die Industriellen werden ihre Forderung mit notwendiger Verringerung der Produktionskosten begründen; sie werden dabei die Missergebnisse, die erzielt wurden und die den Konzernern die Möglichkeit zum Aufkaufen einer großen Zahl von handarbeitenden Flaschenhütten und deren Stilllegung ermöglichten, natürlich nicht in den Vordergrund stellen. Sie werden auch nicht anführen, daß die internationale Parteilosigkeit immer noch einen reichen Gewinn durch Hochhaltung der Preise ermöglicht. Sie wollen aus Profitgier wieder zurück in jene Zeiten, wo der Flaschenmacher in seiner dreigleisigen Arbeitskraft durch die sonntäglich gepukte Masse sich seinen Weg nach Hause oder in die Fabrik bahnen mußte.

Das ist fürwahr ein nobles Beginnen, das klar zeigt, welche sozialen Gefühle die Herren aus der Flaschenindustrie

bewegt. Wir hätten sie etwas höher eingeschätzt, müssen aber nun einsehen, daß wir uns getäuscht haben, und daß im Grunde ihres Herzens auch die Flaschenfabrikanten wieder zurück möchten in Zeiten, die so lange hinter uns liegen.

An der Spitze des RM steht ein Mann, der aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen ist. Die christliche Lehre sagt, daß der Sonntag geheiligt sein soll. Wir bezweifeln nicht, daß auch die Flaschenindustriellen gut christlich gesinnt sind, und deshalb ist es recht pikant, aber auch standalös, daß die Herren heute sich an den christlichen Minister wenden, damit er ihnen helfe, die Flaschenmacher des Sonntags von ihren Familien fortzureißen, und sie wieder zu zwingen, schmutzig von der Arbeit, sich am Sonntag zu zeigen.

Wie absurd die Forderung der Industriellen ist, zeigt sich am besten, wenn man die Produktionskapazität der Flaschenindustrie betrachtet. Die Produktionsmöglichkeit ist seit Jahren so groß, daß auch bei dem größten Konsum an Flaschen die Betriebe nicht das ganze Jahr hindurch voll beschäftigt sind. In unheimlicher Schnelligkeit hat sich in der Nachkriegszeit die Umwandlung von der handarbeitenden Flaschenfabrikation zur automatischen vollzogen. In immer höherem Maße wurde der gelehrte Flaschenmacher von der Maschine verdrängt und, jenseit er nicht als Maschinenarbeiter unterkommen konnte, mußte er sein Teil in anderen, gleichfalls von Menschen überfüllten Industrien suchen. Monatlange Arbeitslosigkeit in jedem Jahre mußte eine große Zahl der mit Flaschenherstellung beschäftigten Arbeiter durchmachen. Dieses, die Menschen feilsch zermürbende Verhältnis soll nach den Wünschen der Unternehmer verschärft werden. Die an den Sonntagen hergestellte Produktion wirft die Arbeiter um so früher aus den Betrieben heraus und vergrößert die Zahl der Arbeitslosen.

Das wird verlangt von einer kartellierten Industrie. Wo bleibt da die Scham?

Die Zeit wird lehren, ob das RM bereit ist, zu den vielen Ungerechtigkeiten, die die Arbeiterchaft bedrücken, auch den Sonntagsraub für die Flaschenarbeiter hinzuzufügen.

S. O r i g i n a l

Der Verbandstag der Glasarbeiter in Belgien

Der Verbandstag der Glasarbeiter in Belgien tagte am 8. August und folgender Tage in Charleroi.

Der Vorsitzende, Kollege Caprasse, gab einen Bericht über die einzelnen Branchen in der gesamten Glasindustrie.

Die Hohlglasbranche hat die Löhne am besten geregelt, und konnten sich diese trotz der Krise fast überall behaupten. Allerdings hat die Arbeiterchaft ihre ganze Kraft eingesezt, und ist auch vor Auspöhrungen nicht zurückgeschreckt. In einem Kollektivvertrag, der mit der Unterstützung der Regierung Annahme fand, sind auch die übrigen Arbeitsbedingungen geregelt. An einen Lohnabbau darf erst gedacht werden, wenn der Lebenshaltungssindex im Sinken begriffen ist. Trotzdem ist der Reallohn gesunken, weil die Rohstoffe zu billigen Preisen gekauft wurden, und das Glas bei der Verarbeitung zu wünschen übrig ließ.

In der Kristallglasbranche hat die belgische Industrie ihre Absatzgebiete verloren und muß mit großer Arbeitslosigkeit rechnen. Arbeitslosigkeit herrscht dauernd, und die Arbeiter erreichen kaum das notwendige Lohnminimum. Preislos liegen die Dinge in der Hohlglasindustrie. Noch vor einigen Jahren war die Stellung dieser Arbeiter günstig. Die maximale Umwälzung, die in der letzten Zeit eingetreten hat, hat die Lage der Hohlglasarbeiter verschlechtert.

In der Spiegelglasindustrie besteht wohl ein Lohnarif, der leider zungunsten der Arbeiter vereinbart wurde. Die Organisation der Spiegelglasarbeiter läßt viel zu wünschen übrig.

In der Fensterglasindustrie ist die Lage der Glasarbeiter durch die technische Umgestaltung der Betriebe und Einführung der Maschinen gegen die frühere Handarbeit vollständig geändert. Die Kollegen von Charleroi haben die ungenügenden Löhne unaufrichtig kritisiert; aber es gelang trotzdem nicht, die Aufbesserung der Löhne durchzusetzen. Die Krise, die gegenwärtig diesen Industriezweig besonders hart mitnimmt, macht jede gewerkschaftliche Aktion unmöglich. Seit September 1930 mußten die Arbeiter drei Lohnherabsetzungen über sich ergehen lassen: einen ersten Lohnabbau von 5 Proz., einen zweiten von 2 1/2 Proz. und im Juni d. J. einen dritten von 2 1/2 Proz. Durch die Ueberproduktion ist ein Wirrwarr hervorgerufen, der die schlimmsten Auswirkungen mit sich bringt.

Eine der Hauptaufgaben der Organisation war es, die Löhne so zu gestalten, daß sie zu den Bedürfnissen des Lebens ließen. So lange die Krise dauert, werden wir versuchen, unsere ganze Kraft einzusetzen, daß unsere Linie eingehalten werden muß. Die Kaufkraft der Massen bildet das herrschende Element.

Ältere Mitgliederzahl hat sich auf 7000 gesteigert. Durch die technische Umwälzung ist eine Verminderung der Mitgliederzahl in einigen Branchen eingetreten. Wir konnten jedoch in anderen Branchen einen Ausgleich schaffen.

Seit 1928 gab es keine Streiks. Die Konflikte konnten durch Verhandlungen beigelegt werden. Zur Zeit bestehen ernste Differenzen in den Glasklebereien, wo die Unternehmer die Arbeitsbedingungen verschlechtern wollen. Die Unternehmer geben an, daß die Lage dieser Industrie sich ganz bedeutend geändert habe, und durch die Geschmacksrichtung und die scharfe Konkurrenz des Auslandes sich die Löhne nicht aufrechterhalten lassen.

Im Jahre 1929 gab es in der Glasindustrie Belgiens noch keine Arbeitslosigkeit. Erst vom Jahre 1930 an wurde ein Ofen nach dem andern gelöscht, und große Arbeitslosigkeit entstand in der Fensterglasindustrie. Im gleichen Jahr reduzierte die Spiegelglasindustrie die Produktion um 50 Proz., und in der Kristallglasindustrie von Val. St. Lambert wurden fast sämtliche Arbeiter entlassen.

Auf diesem Kongress waren zum erstenmal die Glasarbeiter aller Branchen vertreten. Bisher waren die Organisationen gespalten. In seinem allgemeinen Bericht ging Kollege Caprasse nur noch auf die gewaltige Arbeitslosigkeit ein und wies darauf hin, daß eine Besserung nur geschaffen werden könnte, wenn auf internationalem Gebiete eine größere Verständigung geschaffen werden kann. Die Arbeitszeit muß verkürzt und die 40-Stunden-Woche in Anwendung gebracht werden. Wir fordern, daß alle Glasarbeiter vom 55. Lebensjahre an pensioniert werden. Ebenso verlangen wir, daß alle Glasarbeiter, die durch die Maschine arbeitslos wurden, von ihrem letzten Arbeitgeber pensioniert werden müssen, wenn sie 30 Jahr im Betrieb gearbeitet haben.

Aus den Reihen der Delegierten wurde besonders die Tätigkeit des Sekretärs lobend hervorgehoben. Lebhaft wurde verlangt, daß eine besondere Propaganda für die 40-Stunden-Woche in die Wege geleitet wird.

Darauf beschließt der Kongress, daß durch das Internationale Sekretariat eine größere Aktivität einsetzen möge, daß ferner die Zollgrenzen niedergelegt werden sollen, und daß eine lebhaft Propaganda zugunsten des Freihandels einsetzen möge. Weiter beschließt der Kongress, alles daranzusetzen, die Kaufkraft der Massen zu heben.

Auf nationalem Gebiet haben wir darauf zu dringen, daß

1. eine Entlassungsentwädigung gezahlt werden muß,
2. die Schaffung einer Kompensationskasse für die von periodischer Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeiter,
3. die Entwicklung und der Ausbau der sozialen Gesetzgebung zu verlangen ist.

Damit waren die Arbeiten des Kongresses beendet, und der internationale Sekretär, der Kollege Delzant, dank für die freundliche Einladung zu diesem Kongress. Kollege Caprasse ermahnt alle Anwesenden, für den Ausbau der Organisation zu sorgen und schließt darauf die Verhandlungen.

Mangelnde Solidarität der Russen

Das wird geschrieben:

Wenn wir im nachstehenden Schriftsatz eine Episode schildern soll lediglich eine Wiederholung solcher Vorformulare möglichst verhindert werden. Es sind nackte, wahre Tatsachen. Eine antibolschewistische Hege liegt uns fern. In letzter Zeit berichteten alle Zeitungen über Millionen der Russen. Gewiß ein Lichtblick in dies graue Erwerbslosenland Deutschlands. — Injeren Thüringer Glasbläser, zum Teil Glasarbeiter, wegen dieser Meinungen mancherlei Leiden ergehen Hoffnungen wieder wacheren haben. Einmal in der glücklichen Lage, solche Aufträge mit dem russischen Arbeiterchaft tätigen zu können. — Im nachstehenden soll erzählt werden, wie mit der Hilfe einer Produktionsgenossenschaft erstand — wie sie sich entwickelte, nebenbei bemerkt, sehr zum Schaden des Privatkapitals der Fieberthermometerindustrie — und wie sie schließlich endete.

Einige Jahre nach dem Krieg wuchsen die Thüringer Glasarbeiter Genossen mit den Russen in Geschäftsverbindung zu treten. Bald gelang es, einen Teil guter Nachträge zusammenzubringen zu einer Produktionsgenossenschaft. Hauptzweck sollte sein, die kommenden Aufträge von Genossen zu Genossen zu tätigen, das Privatkapital möglichst auszuscheiden. Ob die Russen bereits von Anfang an erhofften, durch Stützung der Genossenschaft sich besser eine höhere Auszahlung derjenigen Nachträge zu lassen, müssen wir nach dem Gang der Dinge annehmen. Die Genossenschaft entwickelte sich vorläufig gut. Die Aufträge waren groß, aber leider stets kurz befristet. Die Genossenschafter, besonders die Kleinbetriebsinhaber, mußten alle sonstigen Geschäftsverbindungen auf-

geben, um ihren Genossenschaftsverpflichtungen nachzukommen. Eine Maßnahme, die sich später für sie bitter rächen sollte. — Nach einiger Zeit, noch während des besten Geschäftsganges, wendeten fünf Mitglieder nach Rußland aus. Sie waren bestimmt als führende Instruktorposten einer neu aufzunehmenden Fieberthermometerindustrie, dazu in einem Werk, der russische Staat wegen seiner Wichtigkeit mit den modernsten technischen Hilfsmitteln ausstattete. — Von diesem Zeitpunkt an begann wohl auch der Reizendweg der Produktivgenossenschaft. Wohl hatten sich ihre Führer erzählen lassen, daß Rußlands Bedarf an Fieberthermometern „unbegrenzt“ sei. — Man nannte jährlich Millionenzahlen. Zu gleicher Zeit setzte auch die Preisdrückerei bei der Berliner Handelsverteilung ein. Gewiß lagen Unterangebote deutscher Kapitalisten vor. Wir stellen aber ausdrücklich fest, es war stets nur eine der beiden besagten Abteilungen, während die andere sich erst nachträglich den gedrängten Preisen anpaßte. Es half kein Gutes und Besseres, weder der Hinweis, daß den Genossenschaftlern der Tariflohn dadurch gewährleistet sei. Kaltblütig erklärte man, in Berlin: Eure Kapitalisten sind es doch, die eure Tarife durchbrechen. Was wir hier ersparen können, kommt dem gesamten russischen Volke zugute. — Mehrere Male blieb die Genossenschaftsleitung standhaft, und die Aufträge wanderten erbumungslos an das Privatkapital. Vor nunmehr Jahresfrist blieben die Aufträge ganz weg. Dies geschah so unvorhergesehen, daß es bei einigen Genossenschaftlern sich katastrophal auswirkte. Denn, wie wir bereits oben berichteten, verzichteten die Genossen alles mögliche, um in der kurzen Lieferzeit die Aufträge schaffen zu können. Es gelang

einigen Kleinbetriebsinhabern, sich nennenswerte Kredite zu beschaffen, und die auftraglose Zeit wurde durch Lagerarbeit wettgemacht. Dies ging gut und wahrhaftig nicht zum Schaden einer glatten Geschäftsabwicklung. Daß dies also nicht etwa lediglich Spekulation war, werden die beiden Führer der Genossenschaft, welche sich heute in Moskau befinden, bestimmt bestätigen müssen. Es handelt sich wohl in der Hauptsache um etwas kostspielige Veterinärthermometer. Da Rußland bestimmt Bedarf an dieser Ware hat, dieselbe aber auch das russische Staatshoheitszeichen eingekauft trägt, kann die Ware nicht anderswo abgesetzt werden. Um den betroffenen Genossen zu helfen, wurde alles versucht. Die Genossenschaft selbst übernahm einen Teil der Ware. Es hat nicht an Vorschlägen gefehlt. Sogar mit geringem Verlust sollten die Thermometer abgegeben werden. Sage und Schreibe lumpige 10 000 RM hätten genügt, das Schlimmste abzuwenden. Für ein 150-Millionen-Volk ist dies ein Spatenwurf. Noch dazu, wenn gute Ware dafür eingetauscht wird. Doch von Rußland kam nichts! — Man findet den Weg zu dieser kleinen Genossenschaft nicht mehr. Trotzdem der Führer des Mosauer Glaskristalls, Genosse N., sowie auch der damalige Direktor des größten Mosauer Glasapparaturwerkes, der Genosse Sch., und andere dort ein- und ausgingen. Zu gleicher Zeit wurde im letzten Werk mit größter Intensität geschuftet, um das „Pflichtsol“ zu erreichen. Wegen des noch vorhandenen hohen Ausfalles wurde das Soll bis dato nicht erlangt. Die Herstellungskosten liegen deshalb auch um 300 Prozent höher, als die Ware von Deutschland angeboten. Man wundert sich bloß, daß auch hierin dem russischen Volke nicht etwas erspart wird, und sei es auch nur diese kleine Latz; die Abnahme von ein paar Tausend Stück Thermometer. Man glaubt doch schließlich auch noch an eine internationale Solidarität. Rußland hat einen großen Schritt vorwärts getan durch Gewinnung dieser Fachgruppe. Aber es hat den Anschein, als wolle man nun andeuten: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.“ Eine weitere Anzahl Genossenschaftsmitglieder, welche nur ihre nackte Existenz bei der Genossenschaft fand, war nun dem Hunger preisgegeben. Ohne alle Unterstützung verzichteten sie nach Rußland auszuwandern. Aber man hat jedenfalls abgewinkt. Kein Bedarf mehr. Nur einen konnten sie noch gut gebrauchen, den Genossen M., damaliger Geschäftsführer, der einzige wohl, welcher aus dem Verlande der Genossenschaft ein kleines Vermögen gewann. Daß der betreffende Genosse nach dem Gradmesser der politischen Generallinie nicht als einwandfrei gilt, über die Russen nicht. Nun, er wird schmugeln! Er wird nach seiner Befähigung bezahmt und steht fest bestimmt nach dem Durchschnittslohn des russischen Proletariats wie 3/2 zu 1. Wo wollen solche Leute mit dem Gelde hin? Hier bei uns wird das Märchen aufgetischt, daß ein Mitreisender sich schon in Deutschland ein honettes Stämmchen gesammelt habe und mal damit in die Schweiz gereist sei! — Doch solche Sätze passen nicht gut zu dieser bitteren Ingelegenheit. Wir wollen noch berichten, daß die noch „Ueberlebenden“ der Genossenschaft dieselbe zu liquidieren gewillt sind. Tot ist sie ja schon seit einem Jahr. Dies wäre eben wiederum der Schlusssatz unter einer Legende innerhalb unserer Thüringer Fieberthermometerindustrie. Nur hätte dies nicht so kommen dürfen. — Wir registrieren nun: Wiederum muß sich das Mutterland der Thermometerindustrie eine tiefe Kerbe schneiden. Im Rußland hing es an. Es wanderten die Thüringer nach Berlin und an die Saar, nach Frankreich, Amerika, Japan, dem Balkan usw. Nun auch in entfernender Anzahl nach Rußland. Bei den heutigen Entwicklungsmöglichkeiten Rußlands sind Befürchtungen für die Thüringer Fieberthermometerindustrie vorhanden. Nur eins dürfen wir heute noch mit Stolz sagen. Bis dato blieb Thüringen in seiner Thermometerzeugung an erster Stelle. Wenn es so bleiben soll, muß das Land freilich mehr tun für diese staatswichtige Industrie als prächtvolle Kränze zu bauen und hin und wieder mal einen Facharbeiter am Auswandern zu hindern. (Ja, letztere hat man dann noch hungern lassen und eine Unterstützung verweigert.) Eines steht fest: Ein Land wie Deutschland, an Rohstoffen verarmt, kann nicht jede Fertigerindustrie leichtfertig preisgeben. Wir können dann nicht als einstmalige sozialistischer Staat lediglich „deutsche Stempelwerte“ bauen. (Spötkritikerweise soll ja der mitausgewanderte Genosse E. gesagt haben: Es ist ganz recht! Die sollen sich in Deutschland die Finger wundstempeln.) Das sind Menschen, die am sozialistischen Aufbau des russischen Staates fette Gehälter beziehen, während ihre Thüringer Heimatgenossen bittere Not leiden, ja nicht einmal das „Stempelgeld“ bekommen.

„Sacro egoismo.“

Königsee (Thür.)

Der am hiesigen Ort befindliche Grünlabetrieb der Firma Wiegand & Bülle wurde am 28. August dieses Jahres stillgelegt. Trotzdem bei den Verhandlungen über die Betriebsstilllegung von der Firma angeboten wurde, daß die Stilllegung wegen Auftragsmangels erfolgt, sind die Ursachen, die hierzu Veranlassung gaben, darin zu erblicken, daß die Herstellung von Flaschen, Demowohns und Ballons, auf Grund einer Vereinbarung mit dem Flaschenyndikat, in diesem Betriebe eingestellt wurde. Die Firma fertigte Grünlab hier selbst seit 5 Jahren an, gehörte nicht zum Flaschenyndikat und war deshalb ein unangenehmer Außenseiter dieser Organisation.

Durch die Errichtung der Maschinenglashütte in Großlahna und die dortselbst in Aussicht genommene Herstellung von grünen Flaschen wurde das Flaschenyndikat beunruhigt, und kam es nach längeren Auseinandersetzungen zu einer Verständigung mit der Firma, daß die Anfertigung von Grünlabgefäßen in Großlahna unterbleibe, und die Produktion in dem Betrieb in Königsee eingestellt wird.

Also nicht Mangel an Aufträgen war die Ursache zu der Betriebsstilllegung in Königsee, sondern rein kapitalistische Interessenpolitik war für die Firma bestimmend und ausschlaggebend, diese Maßnahme durchzuführen.

Unter den schönsten Verprechungen wurden die Kollegen vor fünf Jahren aus allen Gegenden Deutschlands, in welchen sich eine Flaschenindustrie befand, nach Königsee geholt. Durch den Fleiß der Kollegen konnte sich der Betrieb gut entwickeln und stand bis zu der erfolgten Stilllegung auf der Stufe höchster Leistungsfähigkeit. Ohne Rücksicht darauf erfolgte die Stilllegung, weil die Firma ein Interesse an der weiteren Ausnützung der Betriebsanlagen nicht hat, und das Flaschenyndikat befreit ist, die gesamte Flaschenproduktion zu beherrschen. Durch diese Interessenpolitik werden die Kollegen existenzlos und gehen einer trüben Zukunft entgegen. Was kümmert es die Kapitalgewaltigen, wenn Not und Sorge bei den Arbeitern bis zur Verzweiflung gesteigert wird. Die Kollegen in Königsee haben den Reichtum der Firma Wiegand & Bülle mit erarbeitet. Ohne den emigen Fleiß der Glasarbeiter konnte die Firma ihre wirtschaftliche Machtposition nicht erreichen. Zum Dank dafür erfolgt die Entlassung; sie haben ihre Pflicht erfüllt, sie können gehen. An eine Wiederaufnahme des Betriebes ist unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu denken.



Warum noch keine Arbeitszeitverkürzung in der feinkeramischen Industrie?

Zur Frage der Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche in der feinkeramischen Industrie wird der Reaktion aus Kollegenkreisen geschrieben:

Die Arbeitslosigkeitsstatistik für Juli 1931 ergibt in der Gesamtindustrie, also Porzellan und Steingut, 32,3 Prozent Arbeitslose, in der Steingutindustrie allein 35,2 Proz. Das ist im ersten Fall eine Steigerung der Arbeitslosigkeit von Juni bis Juli um 11,6 Proz., im letzteren Fall um 13 Proz. Auch die Kurzarbeit ist erheblich gestiegen, in der Gesamtindustrie von 30,2 Proz. auf 35,6 Proz., für die Steingutindustrie allein von 31,4 Proz. auf 34,9 Proz. In der Gesamtindustrie haben wir also 67,8 Proz. Arbeitslose und Kurzarbeiter zu verzeichnen, mit anderen Worten also 32,2 Proz. der Arbeiterschaft, die noch voll arbeiten können. In Steingut sind 70,1 Proz. Arbeitslose und Kurzarbeiter zu verzeichnen, noch nicht einmal 30 Proz. Vollarbeiter. Wer aus diesen Zahlen schließen wollte, daß die rund 30 Proz. Vollarbeiter in beiden Industriezweigen zusammen aus solchen Betrieben stammen, die noch mit der alten Belegschaft von früher voll arbeiten, der befände sich auf dem Holzwege. Wir haben in unserer Gegend noch Betriebe, die voll arbeiten, aber alle Betriebe mit stark zurückgegangener Belegschaft. Die Unternehmer behaupten, es sei ihnen nicht möglich, die Soziallasten für die volle Belegschaft bei Kurzarbeit zu tragen. Sie sehen sich mit ihrer Handlungsweise in Widerspruch mit dem, was die gesamte Arbeiterschaft fordert und in seltenem Zusammenstreffen auch die Regierung.

Es soll nicht geleugnet werden, daß es in Kollegenkreisen Leute gibt, die zufrieden sind, voll arbeiten zu können, wenn auch ihre früheren Mitarbeiter dadurch gezwungen sind, Steuern zu zahlen. Die so denken, sind aber in ganz verschwindender Minderzahl. Verständlich ist ihr Verhalten bei Berücksichtigung der heute gezahlten Löhne. Der seit Monaten von den Unternehmern betriebene kalte Lohnabbau gestattet selbst bei Vollarbeit nicht mehr, das Existenzminimum zu verdienen. Das ist aber keine Entschuldigung. Die Porzellanarbeiter haben seit jeher die Solidarität hochgehalten. Ueber 90 Proz. der Kollegen wären sehr wohl einverstanden, wenn dort, wo heute mit verringerter Belegschaft voll gearbeitet wird, die Arbeitszeit herabgesetzt und Arbeitslose eingestellt würden.

Davon wollen aber unsere Arbeitgeber nichts hören, wie die nun schon mehrfach resultatlos verlaufenen Verhandlungen

beweisen. Früher waren es betriebstechnische Hindernisse, die herhalten mußten, um den abweisenden Standpunkt der Unternehmer zu begründen. Heute sind es in erster Linie finanzielle Gründe. Dabei wissen wir, daß es eine ganze Anzahl Unternehmen gibt, auch in unserem Bezirk, die sehr wohl die bedeutungslose finanzielle Belastung auf sich nehmen könnten, wenn sie nur wollten. Unser Unternehmer A. W. sagt, ich würde Leute einstellen und dafür einen Tag nicht arbeiten lassen; aber warum soll ich denn allein derjenige sein. Auch von den Kollegen anderer Betriebe wurden mir ähnliche Meinungen ihrer Direktionen mitgeteilt.

Viele Kollegen glauben mit mir, daß wir wohl bis zum St. Nimmerleinstag warten können, ehe die Unternehmer sich in Verhandlungen bereit zeigen werden, in eine Verkürzung der Arbeitszeit einzustimmen. Die Erfüllung einer solchen Forderung widerspricht ja dem Prinzip aller Unternehmer, und sei es selbst, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nur vorübergehend für die Krisenzeit gedacht ist. Ich bin überzeugt, daß die Unternehmer strenge Anweisung von ihren Spitzenverbänden haben, sich möglichst nicht freiwillig in eine Vereinbarung über Verkürzung der Arbeitszeit einzulassen. Die Reaktion im Unternehmerlager hat sich hier wieder einmal durchgesetzt. Es ist auch nicht daran zu denken, daß betriebsweise Verkürzung der Arbeitszeit durchgeführt werden könnte. Das machen die Unternehmer schon nicht aus Konkurrenzneid; ganz abgesehen davon, daß sie von ihrer Zentrale gar nicht die Erlaubnis erhalten werden, solche Seitenstriege zu machen. Es gibt auch unter den Unternehmern solche und solche.

Soll also auf diesem Gebiete etwas erreicht werden, so bleibt als einzige Möglichkeit das Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums übrig. Auf das warten wir nun schon seit Monaten. Wir wissen, daß das Ministerium über den Gang der Verhandlungen in der feinkeramischen Industrie unterrichtet ist. Wir verlangen, daß der Reichsarbeitsminister endlich aus dem zögernden Verhalten heraustritt und entweder von sich aus die Verkürzung der Arbeitszeit in der feinkeramischen Industrie auspricht oder die Parteien zu entsprechenden Verhandlungen unter dem Vorbehalt eines Vertreters des Ministeriums zwingt. Nur so kann endlich die dringende notwendige Verkürzung der Arbeitszeit in der feinkeramischen Industrie zum Zwecke der Einstellung von Arbeitslosen herbeigeführt werden.

sind zu Beginn des Jahres im Einberufen mit den Arbeitern vom Betriebsleiter festzusetzen.

Es ist den Unternehmern verboten, den Urlaub durch geldliche oder sonstige Vergütungen zu ersetzen oder Arbeitern in der Urlaubszeit irgendwelche andere Aufträge für das Unternehmen zu übertragen. Andererseits kann der Unternehmer die Rückzahlung des Urlaubsgeldes verlangen, wenn der Arbeiter in seiner Urlaubszeit Arbeit in einem anderen Unternehmen verrichtet hat. Bis zum Jahre 1933 gilt das Gesetz nur für Unternehmen mit mehr als fünf Arbeitern.

R. Denoir (Sekretär des französischen Gewerkschaftsbundes) begrüßt in einem Leitartikel im „Peuple“ die Annahme des Gesetzes, macht jedoch gleichzeitig darauf aufmerksam, daß darin nicht so sehr ein Streben der Abgeordneten nach sozialer Gerechtigkeit, sondern in vielen Fällen vor allem der Wunsch zum Ausdruck komme, angesichts der heranrückenden Wahlen eine gute Figur zu machen. Vielen Abgeordneten ist es lediglich darum zu tun, „prinzipiell einem Gesetz zuzustimmen, das sie in die Reihe der Verteidiger der Arbeiterklasse hebt“. Im übrigen verlassen sie sich darauf, daß der träge Senat die nötigen Einschränkungen und Verzögerungen bewerkstelligen wird. Daß das Gesetz ohne große Diskussion und Durcharbeitung von der Kammer im leichten Augenblick vor Schluss der Parlamentssession gutgeheißen wurde, werde nachteilige Folgen haben. „Unsere alten Senatoren“, sagt Denoir, „sehen sich sehr schwer in Bewegung, wenn ein mit so wenig Umsicht und Begeisterung bearbeitetes Gesetz ihrer Prüfung und dem Tempo ihrer Unbeweglichkeit unterworfen wird. Monate werden in jener religiösen Stille vorbeigehen, die die Ankunft solcher Vorlagen umgibt. Die meisten Abgeordneten und die Regierung erwarten vom Senat, daß er die nötigen Hindernisse aufhäufen und die „Katastrophen“ sowie die „nicht wieder gutzumachenden Schäden“ aufzeigen wird, die die endgültige Annahme eines Gesetzes natürlich zur Folge haben muß, das den Arbeitern die Möglichkeit geben soll, jedes Jahr zwei Wochen der Ruhe zu pflegen.“

Arbeitsverhältnisse in Amerika

Im „Marktrechtlicher Tageblatt“ vom 24. August 1931 war folgendes zu lesen:

Ein leitender Beamter einer Marktrechtlicher Porzellanfabrik erhielt dieser Tage von einem, vor Jahren nach Amerika ausgewanderten Facharbeiter, der früher in dieser Porzellanfabrik beschäftigt war, ein Schreiben, dem wir folgende interessante Tatsachen über die Arbeitsverhältnisse in Amerika (Staat Ohio) entnehmen:

„Daß es in der keramischen Industrie in Deutschland so schlecht steht, habe ich mir eigentlich nicht vorgestellt, denn mir wurde von meinen bisherigen Arbeitgeber immer gesagt, daß die deutschen Porzellanfabriken die ganzen Aufträge wegnehmen, (allerdings nur in Hotelgeschäften), weil sie bedeutend billiger liefern, und so dachte ich, daß der Export in Deutschland gestiegen ist. Ich für meinen Teil habe ja die feste Überzeugung, daß die deutsche Porzellanindustrie eher wieder hochkommt wie die hiesige, denn wenn man einige Jahre hier ist und verschiedene Betriebe kennengelernt hat, dann kann man erst einen Unterschied sehen. Hier wird mit einigen Ausnahmen nur sehr wenig auf Qualität gesehen, die Hauptsache ist, daß viel fertig wird; wenn ein Maler 150 bis 200 Dutzend Teller mit Hand und Linie pro Tag rändert, so ist dies gerade ein Durchschnittsarbeiter. In der Weißgeschirrfabrikation ist es dasselbe. Konkurrenzfähig sind hier nur noch Fabriken mit Tunnelöfen, Rundöfen sind nicht mehr rentabel, und ich denke, die hiesige Porzellanindustrie wird nie auf dieselbe Höhe kommen wie die deutsche. Auch im privaten Leben erlebt man hier große Enttäuschungen, ich entbehre vor allen Dingen meine schönen Sonntagsausflüge in die wunderbaren deutschen Wälder. Aber bei der jetzigen schlechten Zeit heißt es eben ausfallen und die Zähne fest zusammenbeißen, es muß doch wieder besser werden.“

Ähnliche Angaben wurden auch dem „Keramischen Bund“ schon mehrmals gemacht. Was der ausgewanderte Kollege über die Industrieverhältnisse sagt, mag bei einem Vergleich mit Marktrechtlicher stimmen. Und fällt auf, daß in dem Brief die Angaben fehlen, was der Durchschnittsarbeiter für einen Lohn verdient. Sicher ist der Stückpreis für die Teller (nicht Qualitätsarbeit) drüben höher, als bei uns ein Maler für Qualitätsarbeit erhält.

Zuschußliste deutscher Porzellanmaler

Kassenbericht pro 1. Halbjahr 1931.

Einnahme RM	Ausgabe RM
Beiträge und Eintritts.	Krankengeld 5 722,50
Gelder 6 371,-	Sterbegeld 120,-
Kapitalverehr 3 508,28	Kapitalverehr 3 623,44
Zinsen vom Kapital 756,49	Berm. d. Zahlst. 400,45
Kassenbestand 1930 16 678,16	Berm. d. Hauptk. 208,06
	Kassenbestand 17 239,48
Summa 27 313,93	Summa 27 313,93

Bermögens-Nachweis.

Spark.-Buch Nr. 4649. Konj.-Gen.	16 332,97 RM
Anschilfe für die Zahlst. 3. Quart. 31	510,- RM
Barbestand	396,51 RM
	Summa 17 239,48 RM

Mitgliederbestand 555.
Waldenburg, den 4. September 1931.
H. d. Vor., Kassierer.

In den bürgerlichen Revolutionen war Flutbergsteigen, Terror, politischer Nord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen.

Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keine Terror, sie haßt und verabscheut den Menschermord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Massen des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen.
H. d. Vor., Kassierer.

Kunstharz - die Porzellan Konkurrenz

Das Kunstharz ist im letzten Jahrzehnt ein Univerfalwerkstoff geworden, der unter den verschiedensten Namen zu allen möglichen Zwecken verarbeitet wird. Am bekanntesten ist das Bakelite. Es ist ein Kunstharzprodukt, das aus zwei wertvollen Rohmaterialien, dem Phenol (ein Nebenprodukt der trockenen Destillation der Steinkohle) und dem Formaldehyd (einem Holzdestillationsprodukt) hergestellt wird. Beide Stoffe vereinigen sich unter bestimmten Voraussetzungen zu einem flüssigen und schließlich festen Harz. Unter Wärmebehandlung geht es in ein bernsteinartiges Harz über, das gegen chemische, atmosphärische und mechanische Einflüsse sehr widerstandsfähig ist. Bereits 1872 hat Adolph von Baeyer festgestellt, daß die beiden Rohstoffe des Bakelites aufeinander reagieren. Jedoch ist es erst 1907 dem Deutschen G. Bock und dem Amerikaner L. S. Baekeland gelungen, technisch verwertbare Kunstharzprodukte herzustellen. Seitdem hat die chemische Industrie noch andere, dem Bakelite ähnliche Produkte hergestellt, die alle auf das Kunstharz zurückzuführen sind.

Bakelite macht dem Porzellan Konkurrenz. Vor allem konkurriert es mit dem Niederspannungsporzellan, und neuerdings versucht es auch der Geschirrinindustrie Abbruch zu tun, indem es als unzerbrechliches Porzellan bezeichnet wird, selbst den Hochspannungsartikeln aus Porzellan will es Schwierigkeiten bereiten. Bakelite läßt sich zu sehr vielen Zwecken verarbeiten. So ist es auch nach den Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker zugelassen. Es kann ohne Verjüngung bis auf dreihundert Grad erhitzt werden und ist gegen Feuchtigkeit, verdünnte Säuren und Alkalien unempfindlich. In der Hochspannungstechnik findet deshalb das aus Bakelite und Papier hergestellte Hartpapier als Isolier- und Baustoff Anwendung. Die elektrische und mechanisch stark beanspruchten Teile in der Hochspannungstechnik werden fast nur noch aus Bakelite-Hartpapier hergestellt. Daß auch die Radiotechnik fast alle der Isolation dienende Teile in Bakelite ausführt, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden. (Drehknöpfe, Schalenteile, Schalter, Kopfhörer, Lautsprechergehäuse usw.). In sogar Zahnäder werden aus dem besonders hochwertigen Bakelite-Hartstoff hergestellt und finden in der Automobilindustrie Anwendung. Desgleichen sind Steuerräder, Kurbeln, Membranen vielfach aus Bakelite. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß Bakelite und zerleinerte Papierstoffe zusammen einen Preßstoff ergeben, der zu Formstücken jeder beliebigen Art verpreßt werden kann. Bei dem Bakelite-Hartpapierplatten können die äußeren Papierbahnen bedruckt werden, wodurch Imitationen oder Holz-, Steinachahmungen oder tapetenartige Muster entstehen.

Bakelite ist aber nicht der einzige Werkstoff, der als gummiartiger Isolierstoff gilt, und der sich zu allen möglichen Zwecken verarbeiten läßt. Eine ganze Anzahl neuer Namen ist neu aufgetaucht und alle versuchen, auf dem Markt ihre besten Eigenschaften darzustellen und Käufer zu gewinnen. Das sind: Nicolit, Vit, Gesanit, Musil, Formit, Luxit, Parichelit, Roderit, Bejalit, Ernot, Isolit, Meacit, Packit.

Gares, Resopal, Polbit, Formolit, Dowal, Tegeranit, Festellan, Kaumalit u. a. Sie werden meist für elektrotechnische Zwecke verarbeitet und dadurch ist für das Niederspannungsporzellan mancher Schaden entstanden. Dabei ist auch noch gar nicht so einwandfrei erwiesen, ob diese neuen Materialien die Festigkeit und den Eigenschaftswert haben wie Porzellan. Bei einigen soll sich schon heraus gestellt haben, daß ihre Isolierfähigkeit nachläßt, was bei Porzellan bekanntlich nie eintritt.

Die Bakelite-Gesellschaft macht in der letzten Zeit eine sehr rege Kellame. Sie zeigte sich auf der letzten Leipziger Messe sehr auffällig und war auch auf der Vanausstellung in Berlin ausdrücklich vertreten. Während dieser wurden im „Ring der Frauen“ Teetage veranstaltet, bei denen Getränke in „unzerbrechlichem Porzellan“ - wie es hieß - verabreicht. Dieses sogenannte unzerbrechliche Porzellan wurde auch von einem Kölner Café in der Ausstellung „So lohne alle Tage“ verwendet. Mit dieser Bezeichnung wird dem erteilten Publikum, das auf jeden Kellamertrieb hineinfällt, etwas vorgesetzt, das mit Porzellan gar nichts gemein hat; denn das sogenannte unzerbrechliche Porzellan war Bakelite. Ob nun die Bakelitegesellschaft oder die Teeveranstalter oder das Caféunternehmen die Bezeichnung „unzerbrechliches Porzellan“ für Bakelite aufbrachten, es steht in der Bezeichnung eine Freijührung des Publikums; denn Kunstharzzeugnisse haben mit Porzellangegenständen keine Verwandtschaft. Die Freiführung des Publikums mit den Bakelitegeschirren ist nicht nur bedauerlich, sondern auch kennzeichnend für die Einstellung der Kreise, die Sitte, Anstand, Kunstgeschmack und Ästhetik in Erbpacht haben wollen. Vor zwei Jahren machten sie gesellschaftlich mit, als der Satz geprägt wurde „Porzellan ist Kultur“, und nun ist auf einmal modern, Tee und schließlich auch Kaffee aus geschmacklosen Kunstharzstücken zu trinken. Wie stolz waren doch diese Kreise bei den Nachweis, daß wir vom Holz- und Zinneller zum Porzellaneller gekommen sind. Dieser Fortschritt wurde in allen Variationen bejubelt. Und nun müssen wir erleben, daß sich die gleichen Kreise ein Kunstharzprodukt als unzerbrechliches Porzellan aufschwappen lassen, das nicht weit vom Holzeller und Holzstöffel entfernt ist. Auf diesen „Fortschritt“ können sie wahrlich nicht stolz sein. Man kann daran auch sehen, wie unter der Bezeichnung „modern“ auch Anflug getrieben wird.

Mit der Unzerbrechlichkeit hat es nämlich auch seinen Haken. Die Bakelitegeschirre sind auch zerbrechlich, sie haben nur eine etwas größere Haltbarkeit wie Porzellan in gleicher Scherbenhöhe. Dabei darf aber auch nicht übersehen werden, daß Porzellangeschirre billiger, praktischer im Gebrauch und dabei ansehnlicher und ästhetischer ist wie das Kunstharz. Das wird vielfach übersehen. An all die Vor- und Nachteile sollte man denken, wenn die Kunstharzprodukte mit dem Porzellan in Konkurrenz treten.

Die Gebrauchsgeschirrfabriken der Porzellanindustrie sollten sich gegen die Geschmacklosigkeiten des Publikums und gegen die falsche Bezeichnung „unzerbrechliches Porzellan“ ganz energisch zur Wehr setzen.

Bezahlte Ferien für die französischen Arbeiter

Zur selben Zeit, als die deutschen Arbeitnehmer aller Berufsgruppen den Urlaub gewaltig reduzieren, und die Porzellanfabrikanten den Urlaub auf ein Minimum abgebaut haben, ist in Frankreich ein Gesetz von der Kammer angenommen worden, das einen Urlaub vorsieht, den deutsche Arbeiter niemals gehabt haben. In diesen Urlaubsbestimmungen könnten sich insbesondere die Arbeitgeber der feinkeramischen Industrie ein Beispiel nehmen. Nach dem französischen Gesetz hat jeder Arbeiter, der auf Grund eines Arbeitsvertrages schon mehr als ein Jahr in einem Unternehmen beschäftigt ist, Recht auf einen ununterbrochenen Urlaub von einer Woche. Läuft der Arbeitsvertrag mehr als drei Jahre, so soll der Urlaub mindestens zwei Wochen betragen. Kinder unter 16 Jahren haben - gleichviel, wie lange sie im Dienste des Unternehmens stehen - Recht auf zwei Wochen Urlaub während der ersten drei Jahre nach dem Austritt aus der Schule.

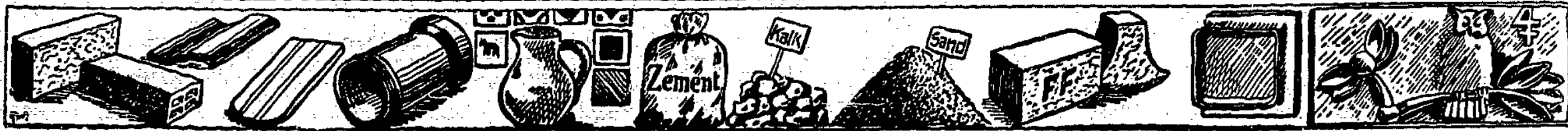
Arbeiter mit Auszeichnungen für langjährige Dienstzeit im gleichen Unternehmen haben Recht auf eine Erhöhung der

Zahl der ordentlichen Ferientage. Diese Erhöhung beträgt bei 30 bis 35 Dienstjahren vier Tage, bei 35 bis 40 Jahren sechs Tage, bei 40 bis 45 Jahren acht Tage, bei 45 bis 50 Jahren zehn Tage und bei 50 und mehr Jahren vierzehn Tage.

Ein Abzug des Gesetzes bestimmt, daß durch Gewohnheitsrecht oder Kollektivvertrag festgelegte günstigere Bestimmungen nicht beeinträchtigt werden.

Was die Bezahlung betrifft, so erhält jeder Arbeiter für jeden Ferientag den Lohn eines normalen Arbeitstages, wobei eventuelle Naturallieferungen, die dem Arbeiter während der Ferientage nicht zugute kommen, mitvergütet werden müssen.

Wird der Arbeitsvertrag, ohne daß dabei ein schweres Vergehen des Arbeiters vorliegt, gekündigt, bevor der Arbeiter seine ihm zustehenden Ferien erhalten hat, so hat er Recht auf einen Urlaub im Verhältnis zur Zeit, während welcher er im Unternehmen beschäftigt war. Wird der Arbeitsvertrag vom Arbeiter gekündigt oder wird die Kündigung durch ein schweres Vergehen verursacht, so verfällt das Recht auf Urlaub. Die Urlaubsdaten



Bauunternehmer und Bauwirtschaft

Die katastrophale Zuspitzung der Krise hat ihre besondere Verschärfung durch die Rahmlegung der Bautätigkeit erhalten. Nicht nur, daß der Wohnungsbau erheblich nachgelassen hat, sondern unter dem Druck der Finanzkrise stellen die Gemeinden auch Bauausführungen anderer Art ein, die sich auf dem Arbeitsmarkte verschärfend auswirken. So haben die Städte Hamburg und Chemnitz beschlossen, keine Straßenbauarbeiten mehr auszuführen zu lassen, und Berlin ist dazu übergegangen, die Arbeiten an der Untergrundbahn einzustellen. In anderen Städten sind die Bauarbeiten erheblich eingeschränkt worden, man läßt nur noch bauen, wenn man Geld zur Verfügung hat, und das wird bei der steigenden Not immer knapper. Von diesen starken Einschränkungen wird nicht nur das Baugewerbe, sondern auch die Baustoffindustrie betroffen. Diese Maßnahmen sind nur zu verstehen, wenn man die ungeheure Not der Städte berücksichtigt. Aber es scheint, daß die Gemeinden mit ihren Einschränkungen zu weit gehen. Die Auswirkung davon ist die Vermehrung der Unterstützungsempfänger, wovon die Gemeinden nicht unerheblich betroffen werden.

Jetzt haben die gesamten Verbände der Bauwirtschaft, darunter das Bauhandwerk, die Baustoffindustrie, die Bauhölzregener und die Holzverarbeitende Industrie an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der auf die Gefahren der gegenwärtigen amtlichen Baupolitik und auf die Schäden hingewiesen wird, die hieraus der deutschen Wirtschaft erwachsen. Bemerkenswert ist daraus die Feststellung, daß seit dem Jahre 1929 bei der Bauwirtschaft die Produktion um 55 bis 60 Prozent zurückgegangen ist. Es wird betont, daß hier der Kern der Wirtschaftskrise liegt, eine Feststellung, die zweifellos richtig ist. Durch jede Milliarde Produktionsausfall werden in der Bauwirtschaft 350.000 Arbeiter arbeitslos. Damit sei die Belastung der Unterstützungseinrichtungen verbunden und ein starker Ausfall an Steuereingängen.

Was diese Feststellungen anbetrifft, kann man sie auch vom Arbeiterstandpunkte aus unterstreichen. Wenn sich die Eingabe weiter gegen die Bauausführungen der öffentlichen Hand wendet, so offenbaren die Verbände damit eine Verantwortungslosigkeit für die gegenwärtigen Notwendigkeiten, die man schon nicht mehr teilen kann. Die Bauten, die öffentliche Stellen in eigener Regie vornehmen, beleben den Bauplatz ebenso wie diejenigen Bauten, die von den Unternehmern ausgeführt werden. Daß es zu dieser unerwünschten Betonung einer doch wirklich abgeschwächten Forderung

gekommen ist, kann man wohl auf den starken Einfluß der bauausführenden Verbände auf die Eingabe zurückführen. Ihre Wirksamkeit ist dadurch erheblich abgeschwächt worden. An einer anderen Stelle betont die Eingabe, daß auf öffentliche Mittel beim Wohnungsbau nicht verzichtet werden kann, weil sonst der Wohnungsbau ganz zum Erliegen komme. Sehr richtig. Aber wozu denn die häßlichen Ausführungen gegen die Bautätigkeit der öffentlichen Hand? Die Arbeiter denken auf jeden Fall anders darüber.

Weiter fordert die Eingabe die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft. Die Arbeiter haben auch darin eine andere Meinung. Solange der Wohnungsmangel besteht, kann an die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft nicht gedacht werden. Die Hausbesitzer benutzen die Aufhebung zu unterschiedlichen Mietssteigerungen, was die Freigabe der Geschäftsräume beweist. Die Eingabe tritt ferner für den Abbau der Hauszinssteuer ein, doch soll der Abbau etappenweise vorgenommen werden. Im Jahre 1931 und 1932 sollen die Mittel für den Wohnungsbau auf keinen Fall gekürzt werden. Es scheint danach, daß man die Verringerung der Hauszinssteuer zum 1. Januar 1932, was die Hausbesitzer fordern, doch nicht haben will. Verkennen läßt aber nicht, daß auch gewisse Hausbesitzwünsche in der Eingabe ihren Niederschlag gefunden haben. Es wäre besser gewesen, die Verbände der Bauwirtschaft hätten sich von solchen Einflüssen freigemacht.

Die Arbeiter der Bauwirtschaft sind auf jeden Fall der Meinung, daß kein Mittel unberührt bleiben darf, die Bautätigkeit wieder zu beleben. Auf die Mittel aus der Hauszinssteuer kann nicht verzichtet werden. Solange der Bauplatz daniederliegt, wird das ganze Wirtschaftsleben nicht aus dem Krisenzustand herauskommen. Der Bauplatz ist ein Gebiet, wo keine Leberproduktion herrscht, hier sind daher die Arbeitsmöglichkeiten reichlich vorhanden. Sie durch geeignete Maßnahmen und durch Bereitstellung von Mitteln zu erschließen, ist die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft. Man muß endlich aus dem Erwgungszustand herauskommen, denn wenn nichts getan wird, kann man nicht erwarten, daß es sich bessert. Das Daniederliegen des Bauplatzes trifft nicht nur die Bauarbeiter, sondern darüber hinaus auch alle verwandten Berufsstände, die die Materialien für das Baugewerbe liefern. Es werden auch die Hilfsindustrien von dem Stillstand der Bautätigkeit betroffen und Arbeiter brotlos, die bei einem normalen Gang des Geschäfts volkswirtschaftliche Werte schaffen könnten.

Ernst Neumann.

An alle Zahlstellen mit Ziegelindustrie

Von unserem Kollegen Ernst Schmidt, Platon, Schwenter Straße, Bezirksleiter für den Bezirk Grenzmark, erhielten wir vor einiger Zeit eine Zuschrift, deren wichtigsten Inhalt wir jetzt, nachdem die Betriebe der Ziegelindustrie ihre Vorklagen so allmählich wieder schließen, den Zahlstellen, die viel mit Wandergiegellern zu tun haben, zur Kenntnis bringen.

Der Kollege Schmidt macht bekannt, daß allen Giegellern in der Grenzmark (das ist: Stadt Schneidemühl, Kreisfreie Kreise Platon, Schlochau und Deutsch-Krone) auch im Winter halbjährige Gelegenheiten gegeben ist, in ihrer Heimat mit ihrer Organisation (Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramikischer Bund) in engster Fühlung zu bleiben und ihre Mitgliedsbücher in Ordnung zu halten. Daran habe es bisher immer gefehlt. Die Kollegen haben sich erst immer dann an ihn gewandt, wenn sie irgendwelche materiellen Sorgen hatten; seien es Unterstützungsansprüche gewesen oder wenn ihre Ansprüche auf Gewährung von Erwerbslosenunterstützung abgewiesen waren. Vielfach hätten die Kollegen ihre Mitgliedsbücher aber nicht in Ordnung. Das sei aber erste Voraussetzung für Gewährung irgendwelcher Verbandsunterstützung, daß auch die Mitgliedsbücher in Ordnung wären. Durch das säumige Verhalten vieler Zieglerkollegen erwachte ihm stets eine Unmenge Arbeit und dadurch unserer Organisation erhebliche Kosten, was vermieden werden könne, wenn die Kollegen in dauernder Fühlung mit der Organisation blieben.

Vielfach kommen die Zieglerkollegen erst dann, wenn eine Sache so ziemlich verfahren wäre. Es sei dann äußerst schwer, wieder Ordnung in eine so verfahren Angelegenheit zu bringen. Geradezu entsetzt sei er manchmal, welche Unkenntnis bei den Kollegen oft noch auf dem Gebiete der Sozialversicherung bestehe. In vielen Fällen sei es nicht mehr möglich gewesen, Schäden abzuwehren, weil sich die Kollegen eben nicht rechtzeitig an ihn gewandt hätten.

Es komme nicht nur darauf an, ein Mitgliedsbuch in der Tasche zu haben, sondern hauptsächlich, daß man überzeugter Gewerkschafter wird. Diese Überzeugung könne man aber nur dann gewinnen, wenn man mit der Organisation in steter Fühlung bleibe.

Kollege Schmidt bittet deshalb alle Zahlstellen mit Ziegelindustrie, daß sie mehr wie bisher das Statut beachten, auf pünktliches Entrichten der Beiträge dringen und auch den Zieglerkollegen die nötige Aufklärung geben. Die Zieglerkollegen selbst werden gebeten, sich mit allen Angelegenheiten, die zum Aufgabenkreis unserer Organisation gehören, rechtzeitig an den Kollegen Schmidt zu wenden. Geht es um Würden ihm eine Unmenge unnötige Arbeit und Zeit sowie der Organisation Geld gepart.

Wir können die Mahnung des Kollegen Schmidt nur unterstützen. Seine Adresse ist: Ernst Schmidt, Platon/Schwenter Straße.

Eine moralische Fabel

„Das Betonwerk“, offizielles Verbandsblatt des Bundes der Deutschen Betonwerke e. V., bringt in Nr. 35 vom 30. August 1931 unter der Überschrift „Eine moralische Fabel, oder wie der Esel zu seinem schlechten Ruf kam“ eine in der amerikanischen Zeitschrift „Far Eastern Review“ vom Dezember 1930 abgedruckte Fabel folgenden Inhalts:

„Zu Beginn der Zeiten, als die Erde noch jung war, galt der Esel bei den Menschen als der weiseste unter den Tieren.“

Der gute Scheich El-Sta-Shun-Nir besaß eine große Herde dieser hervorragenden Tiere, und sie waren die Freunde und der Stolz seines Lebens. Aus allen Landesteilen kamen die anderen Scheichs herbei, um die Wunderweisen zu bestaunen und ihrer Weisheit zu lauschen. Auch der Prophet selber — der weiseste und geübteste von Allahs Söhnen — besuchte den Scheich. Der führte ihn strahlend und stolz zu seiner Herde und sprach zu ihm: Siehe hier, o Prophet, die weisen, die gebildeten, die begabten Esel. Unterhalte dich mit ihnen, prüfe sie, und du wirst sehen, daß sie mehr Verstand besitzen als doppelt soviel alte Eseln.“

Der Prophet wendete sich zu den Langohren und spricht: „Ich will eure Weisheit prüfen. Beantworte mir eine Frage: Was braucht ein Esel für eine dreitägige Reise?“

Die Tiere berieten untereinander, dann antwortete der Sprecher: „Für eine dreitägige Reise, o Prophet, braucht jeder Esel mindestens sechs Bündel Hen und drei Beutel voll Datteln.“

„Sehr gut“, spricht der Prophet, „das ist ein gerechter, anständiger Preis.“ El-Sta-Shun-Nir aber nickte in seinen Bart: „Dah ich dir nicht gesagt, daß sie sehr klug sind!“

„Warte“, antwortete der Prophet und wandte sich wieder zu den Eseln. „Ich habe eine dreitägige Reise vor, aber ich habe keine Lust, dafür sechs Bündel Hen und drei Säcken Datteln zu zahlen. Wer es billiger macht, trete vor.“

Und siehe da, alle traten vor und schrien durcheinander. Einer wollte für sechs Bündel und einen Beutel Datteln gehen, der andere für drei Bündel und ein Säckchen und schließlich fand sich sogar ein besonders langohriger, der mit einem einzigen Bündel Hen zufrieden war.

Da sprach der Prophet: „Du Narr — von einem Bündel Hen kannst du ja nicht einmal dein Leben fristen auf der Reise, geschweige denn einen Kuben daraus ziehen.“

„Das stimmt schon“, sprach das Langohr, „aber ich wollte doch den Auftrag haben!“

Und von diesem Tag bis zum heutigen kennt man die Esel als beschränkte Narren, und solche Preisdrücker nennt man seitdem — Esel.“

Diese Fabel hat „Das Betonwerk“ zu dem Zweck abgedruckt, um den Unternehmern, welche die Preise unterbieten, einen Spiegel vorzuhalten.

Wir können ebenfalls den Preisdrückern innerhalb der Arbeiterchaft, den Unorganisierten, und sonstigen Unternehmern diese Fabel zum eingehenden Studium empfehlen. Auch für diese trifft die Charakterisierung zu, wie in der Fabel gesagt wird. Sie drücken den Lohn, indem sie sich den Arbeitgebern zu jedem Preis anbieten — und man kann ruhig sagen, sie sind die größten Esel, die es auf dem Erdboden herumlaufen.

Der Unternehmer, welcher die Preise unterbietet, kann die Unterbietung vielfach abwägen, und zwar auf die Arbeiterchaft, weil es innerhalb der Arbeiterchaft noch größere Esel gibt, als innerhalb der Unternehmerschaft. Hoffentlich ziehen alle Unorganisierten und solch Organisierten aus obiger Fabel die richtige Lehre, sonst müßten sie sich gefallen lassen, daß sie auch in Zukunft als die größten Esel betrachtet und ausgebeutet werden.

Greifenberg i. Pommern

Mit der Osen- und Tonwarenfabrik G. m. b. H. in Greifenberg hatte der Keramikische Bund, Gau 4, Stettin, einen Tarifvertrag abgeschlossen und damit gegenüber den bisher ungeregelten Verhältnissen Ordnung in die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterchaft dieser Firma gebracht.

Dem Leiter der Firma, Herrn Direktor Vorchardt, schien aber die tarifliche Gebundenheit nicht zu behagen. Der Stundenlohn von 56 Pf. war ihm anscheinend viel zu hoch, und überhaupt wollte er mit der Gewerkschaft keinen Tarif mehr abschließen. Um wieder von jeder tariflichen Bindung frei zu sein, kündigte er den Tarif zum 30. Juni d. J. Es mußte doch nun selbstverständlich wieder verhandelt werden, wenn die Firma auch in Zukunft gewillt war, mit der Arbeiterchaft bzw. ihrer Interessenvertretung, dem Keramikischen Bund, Gau 4, die Arbeits- und Lohnbedingungen zu regeln. Das schien aber nicht der Fall zu sein, denn auf den Vorschlag unserer Gauleitung, den Verhandlungstermin am 3. Juli 1931 italifinden zu lassen, erfolgte keine Antwort.

Da die Firma nichts hören ließ, übergab die Gauleitung die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß Stettin zur Regelung. Auf telephonische Anfrage erfuhr unsere Gauleitung, daß die Firma den Lohn um 10 Proz. senken und den Abschluß nur mit der Belegschaft tätigen wollte. Da ein Teil nicht organisiert war, glaubte Herr Direktor Vorchardt billiger davon zu kommen, als wenn der Abschluß mit der Gewerkschaft erfolgt. Um den Betriebsrat und die Belegschaft für seinen Plan gefügig zu machen, hatte Herr Direktor Vorchardt versprochen, daß der alte Lohn bestehen bleiben sollte, wenn die Belegschaft mit ihm selbst, also unter Ausschaltung der Gewerkschaft, abschließen würde. Die Mehrzahl der Belegschaft hat sich auf diesen ihm ausgelagerten Plan nicht eingelassen und Entscheidung durch den Schlichtungsausschuß beantragt. Dabei stand sie auf dem Standpunkt, daß die so niedrigen Stundenlöhne bestehen bleiben müßten, und hatte demgemäß auch durch die Gauleitung einen entsprechenden Antrag beim Schlichtungsausschuß Stettin stellen lassen.

Würde die Belegschaft unter Ausschaltung der Gewerkschaft mit der Firma verhandelt haben, so wäre die Folge gewesen, daß die Löhne in kürzester Zeit, trotz Versprechens des Herrn Direktors Vorchardt, noch mehr gesenkt worden wären, als wenn die Entscheidung durch den Schlichtungsausschuß erfolgte. Die Regelung auch der übrigen Arbeitsbedingungen wäre dann ebenfalls der Willkür der Betriebsleitung überlassen worden. Urlaub usw. wäre gefährdet gewesen.

Vor dem Schlichtungsausschuß ist es zu einer Vereinbarung gekommen. Der Stundenlohn wird um 2 Pf. auf 54 Pf. herabgesetzt. Angesichts der bisher erfolgten Lohnkürzungen in den Betrieben der näheren Umgebung ist das noch gering zu nennen. Herr Direktor Vorchardt bestand noch bis zuletzt auf mindestens 6 Proz. Abzug. Wäre die Belegschaft vollzählig organisiert gewesen, so hätten wahrscheinlich die alten Löhne gehalten werden können. So sind wieder diejenigen, die keinerlei Opfer bringen wollen, die immer nur tatenlos zur Seite sitzen und nur dann ernten, wenn es was zu ernten gibt, ohne daß sie gefäß haben, schuld, wenn der Abzug erfolgte. Wenn dieser Teil der Belegschaft nicht will, daß noch weiterer Schaden entsteht, muß er sich schleunigst in die Front der organisierten Kollegen einreihen. Nur wenn alle Opfer bringen und bereit den Abwehrkampf führen, wird es gelingen, den Ansturm der Unternehmer abzuschlagen. Der abgeschlossene Tarif steht eine Ermäßigung der Löhne von 2 Pf. vor; die bisher gezahlten Zulagen sollen bestehen bleiben. Laufzeit des Tarifs bis 31. Dezember 1931.

Die Leitung der Firma wird sicher nach Ablauf des Tarifes wieder mit Abbauplänen kommen. Dem gilt es vorzubeugen. Deshalb, Kollegen der Firma Osen- und Tonwarenfabrik G. m. b. H., schließt die Reihen, stärkt eure Organisation, den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramikischer Bund, dann können wir auch getrotzt den kommenden Dingen ins Auge sehen. R. Wöde.

Kampf um das Tarifrecht

Wenn allmählich im Sommer die vollbesetzten Schnellzüge durch das ostpreussische Gebiet fahren, um dessen Unfrieden nach den herrlichen Nordseebädern zu bringen, dann dürfte den wenigsten Badegästen bekannt sein, welches elende Leben die ostpreussischen Arbeiter in den an der Ems liegenden Ziegelleien führen. Leidlos werfen die Arbeiter von ihrer Arbeitsstelle einen Blick zu den vorbeiziehenden Zügen und können es nicht verstehen, daß gerade an ihnen das Leben so ungerecht und hart herankommt. Wenn doch wenigstens für ihre schwere Arbeit ein gerechter Lohn und menschliche Behandlung erfolgen würde, dann würde man schon auf Badereisen gerne verzichten.

Doch bei diesem Wunsch steht der Ziegler schon zur Seite, ob auch jemand an seinem Gesicht sehen kann, daß ihm ein solcher Gedanke gekommen ist, das könnte fürchtbare Folgen haben. Behe ihn, wenn der Gedanke laut gedacht wird. Denn dürfte es mit der Weiterbeschäftigung vorbei sein, und ein noch größerer Elend wird seinen Einzug in die Familie halten. Wer von den Ziegellern glaubt, daß ein Sperrlohn von 4 bis 50 Pf. nicht ausreichend ist, oder daß der optische Arbeiter ein Recht auf tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat, der ist für alle Arbeitergewerkschaften und ein päpstliches Mäulchen in der Erwerbslosenarmee.

Und doch dürfte es mit der Arbeiterchaft der ostpreussischen Ziegelleien in kurzer Zeit vorbei sein. Trotz aller erwähnten Schilauer, hat sich ein aussehender Teil Ziegler dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands angeschlossen und kämpft hart für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Für 3 Firmen mit 10 Betrieben kam es zum Tarifabschluß. Für 4 Firmen mit 5 Betrieben folgte der Schlichtungsausschuß durch einen Schiedsspruch, der trotz der minimalen Löhne von den Ziegelleibeherrn abgelehnt wurde. Nicht wegen der im Schiedsspruch enthaltenen Forderung für die Betriebe, sondern die Herren wollen allein die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktiert und hoffen immer noch hierzu eine geduldige Arbeiterchaft zu finden. Trotzdem die Herren von ihrem Standpunkt kein Geheimnis gemacht haben, hielt es der Schlichter nicht für nötig, dem Antrag auf

Verbindlichkeit zu entsprechen, weil die Voraussetzungen nicht gegeben waren. Diese Voraussetzungen für die Zukunft zu schaffen, ist die Aufgabe aller denkenden ostpreussischen Ziegelleiarbeiter.

Hat das Arbeitsgericht in Emden am 15. Juli 1931 entschieden, daß Tarifvereinbarungen die Bezahlung von Leberwundenzulagen nicht ausschließen, auch dann nicht, wenn die Vereinbarung enthält, daß eine Vergütung für Leberwunden nicht stattfindet, so dürften die Herren Ziegelleibeherrn recht bald zu der Erkenntnis kommen, daß sie auch in Ostpreußen einer harten Organisation der Arbeiterchaft gegenüber stehen, die es versteht, für die Rechte der Mitglieder zu kämpfen.

Hat die Zieglerchaft durch die Ablehnung der Verbindlichkeit kein Grund zur Mutlosigkeit sein. Der Kampf hat erst begonnen. Nicht lassig sein, nicht müd die Arme senken und gehen lassen, wie es gehen mag, mit fühltem Kopf die Dinge überdenken, mit fester Faust den eigenen Willen lenken, bereit zum Dulden, bereit zum Schlag, das erit heißt Leben. Stürmer nur und Lören fordern ein ewiges ungetrübtes Welt, was dein sein soll, das erkämpf die Stund für Stund. Wer sich nicht selbst verliert, ist nie verloren.“ E. A.

Ziele

Die Lage der Ziegelindustrie in Polen hat eine weitere bedeutende Verschlechterung erfahren, deren Ursachen in dem schwachen Baubetrieb und der Krise der Landwirtschaft zu suchen sind. Der gegenwärtige Baubetrieb beschränkt sich meistens auf die Beendigung schon früher angefangener Bauten. Aus diesem Grunde ist die Nachfrage nach Ziegeln in den Städten auf ein Minimum gesunken. Die diesjährige Ziegelproduktion verringerte sich im Vergleich zu der vorheriger Jahre um annähernd 40 Prozent. Die Preise sind um etwa 20 Prozent gesunken bei Verkauf ab Ziegeler. Schon im vergangenen Jahre schloß die Mehrheit der Ziegelleien trotz der höheren Ziegelpreise ihre Bilanzen mit einem bedeutenden Verlust ab.

Her mit der 40stündigen Arbeitswoche

Die Gesamtmeinung des Kongresses wurde in folgender Resolution zusammengefasst:

„Die Weltwirtschaftskrise ist in ihrer Dauer und Schwere durch die Überlagerung zahlreicher Störungen verursacht. Das gewohnte Krisenmoment der kapitalistischen Wirtschaft, die Spannung zwischen Erzeugungsmöglichkeiten und Kaufkraft hat außergewöhnliche Ausmaße angenommen. Hinzugetreten ist eine Reihe von Sonderursachen, deren Wirkungen insbesondere Deutschland katastrophal getroffen haben.

Die Entwicklung der Krise hat in eindringlicher Weise gezeigt, daß die politische Organisation der Welt nicht den für die Wirtschaft erforderlichen Grad erreicht hat. Die Welt steht vor der Wahl, die politischen Spannungen durch eine aufrichtige Absage an den Krieg, d. h. durch allgemeine Abrüstung, zu beseitigen und damit die notwendige Vorbedingung für eine Weltwirtschaft zu erfüllen — oder auf den weltwirtschaftlichen Zusammenbruch zu verzichten und alle hieraus sich ergebenden schlimmen Folgen zu tragen.

Der Kongress bekräftigt mit Nachdruck die Forderungen, die der Bundesvorstand und der Bundesausschuß des ADW in ihren wiederholten Kundgebungen zur Einleitung des Heilungsprozesses erhoben haben. In der Erkenntnis, daß selbst bei günstiger Entwicklung eine volle Ausnutzung des vorhandenen Produktionsapparates nicht sehr bald zu erwarten ist, betont der Kongress insbesondere die dringende Notwendigkeit, durch eine systematische Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu verringern. Diese Maßnahme ist möglich und aus sozialen und politischen Gründen unabwendbar.

Der Kongress beauftragt den Bundesvorstand, die Forderung nach

der geschlichen allgemeinen 40stündigen Arbeitswoche weiterhin mit größter Entschiedenheit zu vertreten.

Der Kongress verpflichtet alle Funktionäre der Gewerkschaften und die Gesamtheit der Mitglieder, sich mit allen Kräften für diese Forderung einzusetzen, um den nationalen Volkstand der Erwerbslosigkeit zu lindern und die brachliegende Arbeitskraft wieder in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen.“

Forderungen der Gewerkschaften zum Thema „Öffentliche und private Wirtschaft“.

Die folgenden Resolutionen zum genannten Thema nahm der Gewerkschaftskongress einstimmig an:

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist neben den Auswirkungen des Weltkrieges auf das Versagen des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems zurückzuführen. Eine der Voraussetzungen zur Überwindung der Krise ist die verstärkte Einflußnahme der öffentlichen Hand auf die Gesamtwirtschaft und ihre Funktionen.

Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Körperschaften entspricht ihrem geschichtlichen Aufgabenkreis. Ein wesentliches Charakteristikum der letzten Jahrzehnte ist die Verschiebung des wirtschaftlichen Schwergewichts von der privaten in die öffentliche Sphäre.

Die Forderung der Privatwirtschaft nach Beseitigung oder Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft widerspricht allen Erfahrungen der letzten Jahre, die eindeutig das Dogma widerlegen, daß Privatbetriebe an sich gut, öffentliche Betriebe an sich schlecht seien. Immer häufiger haben gerade Privatbetriebe die Hilfe der öffentlichen Hand in Anspruch genommen und damit das Risiko auf den Staat abgewälzt. Die ungeheuren Festinvestitionen in der Privatwirtschaft haben die Behauptung von der Verschwendungswirtschaft der öffentlichen Hand als Legende klar erkennen lassen.

Der Übergang der deutschen Gesamtwirtschaft ist wesentlich dadurch mitbedingung, daß die öffentliche Wirtschaft durch systematische Kreditbeschränkung zu einer starken Einschränkung öffentlicher Arbeiten gezwungen wurde. Neue Erschütterungen der Gesamtwirtschaft wären unausschließbar, wenn die öffentlichen Betriebe wieder privatwirtschaftlichem Rentenwillen überantwortet würden. Angesichts der wachsenden Not der Bevölkerung erfordert das Gemeinwohl die Erhaltung der öffentlichen Unternehmungen und ihren gemeinwirtschaftlichen Ausbau.

Vornehmstes Wirtschaftsziel der öffentlichen Unternehmungen kann nicht der Profitwille sein, sondern der Dienst-

wille an der Gesamtheit. Diese soziale und wirtschaftliche Zielsetzung muß auch in der Stellung zum Ausdruck kommen, die die öffentlichen Betriebe ihren Arbeitnehmern gewähren.

Abzusehen sind alle direkten und indirekten Maßnahmen, die die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der öffentlichen Körperschaften einengen. Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik muß es vielmehr sein, die öffentliche Hand und ihre Wirtschaftskräfte in stärkstem Maße für eine Milderung der Arbeitslosigkeit einzusetzen. Zu fordern ist eine Erweiterung der Betätigung der öffentlichen Hand auf allen Gebieten, die sich für eine zentrale Planung eignen und dauernden volkswirtschaftlichen Wert besitzen. Zur Produktionsanregung in diesem Sinne eignen sich vor allem die öffentliche Energiewirtschaft, das Verkehrswesen und die Wohnungswirtschaft.

Voraussetzung dafür ist die planmäßige Zusammenfassung der öffentlichen Unternehmungen von Reich, Ländern und Gemeinden auf den einzelnen Wirtschaftsgebieten. Die öffentlichen Sparkassen und Bankunternehmungen müssen dabei stärker als bisher in den Dienst der Wirtschaftsaufgaben der öffentlichen Körperschaften gestellt werden.

Der Kongress erblickt in der Verstärkung der Einflußnahme der öffentlichen Hand auf die einzelnen Wirtschaftszweige die Möglichkeit gemeinwirtschaftlichen Handelns schon in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und den geeigneten Weg für die Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft.“

Ebenso einstimmig wird die Entschließung des Vorstandes vom Baugewerksbund angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Innerhalb der Aufgaben, die Staat und Kommunen zu erfüllen verpflichtet sind, gehört das Bauwesen zu den wichtigsten Teilen der öffentlichen Wirtschaft. Neben dem Straßenbau und dem Bau und der Unterhaltung von anderen Verkehrsanlagen, dem Bau von Wasserversorgungs-, Licht- und Kraftanlagen, von Kanälen zur Aufnahme von Abwässern und zu sonstigen Zwecken, dem Bau von Schulen, Krankenhäusern, Verpflegungsbetrieben und Erholungsheimen und von sonstigen der Volksgesundheit und damit dem Volkwohl dienenden Anlagen, ist insbesondere notwendig, das Wohnungs- und Siedlungswesen durch die öffentliche Hand (Reich, Länder, Gemeinden) nachdrücklich und planmäßig zu fördern.

Der Kongress protestiert gegen die volksschädigende, durch den Entzug von Mitteln aus der Hauszinssteuer verursachte Drosselung des Wohnungsbaues. Die Wohnungsnot ist dadurch zum Dauerzustand geworden, sie wird erneut gesteigert und der Abbruch aller unhygienischer Wohnungen verhindert.

Der Zweck des Kleinwohnungsbaues ist, für die arbeitenden Volksschichten gute Wohnungen in einem dem Bedarf genügenden Maße zu erschwingbaren Mieten zu beschaffen. Das ist in erster Linie nur möglich durch eine ausreichende und planmäßige Verwendung von Geldern aus der Hauszinssteuer.

Die öffentliche Wirtschaft kann dieser Aufgabe um so leichter gerecht werden, wenn sie durch geeignete Maßnahmen (Aufnahme der Eigenproduktion, Ausschaltung des privaten Handels) eine Beeinflussung der Kartellpreispolitik der baustoffherstellenden Industrie erzwingt.

Eine weitere Voraussetzung einer gesunden Wohnungs- und Siedlungspolitik ist billiges Bauland. Der private Grundbesitz darf niemals wieder die Herrschaft über den Wohnungsbau erlangen. Der Kongress fordert daher von den Gemeinden eine weitestgehende Bodenreformwirtschaft und den nachdrücklichsten Kampf gegen den Bodenwucher.“



Warnung vor dem kommunistischen Einheitsfrontschwandel!

In mehreren Zahlstellen unseres Verbands haben SPD und KPD versucht, unsere Zahlstellenleitungen und die Mitglieder zur Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront unter kommunistischer Führung zu gewinnen. Wir warnen vor einer Beteiligung an diesem kommunistischen Unternehmung, das sich weniger gegen die Nazis richtet, als dem Zweck dient, unter Verschleierung der verästelten Gründe, unsere Mitglieder den gewerkschaftsfeindlichen Zielen und Zwecken der KPD dienstbar zu machen. Unsere Verbandsmitglieder führen den Kampf gegen den Faschismus unter der Führung ihrer bewährten freigewerkschaftlichen Organisation und der SPD.

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurde gemäß § 14, Ziffer 3a und c, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Buzlau: Sigismund Carlwig; ferner gemäß § 14, Ziffer 3a und d, in Verbindung mit § 14, Ziffer 5 des Verbandsstatuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Waldraffen: Michael Andorfer. Mitglieds-Nr. 88 809.



1. Jugendtreffen in Düsseldorf

Es bestanden schwere Bedenken darüber, sowohl in der Gauleitung als in der Gau-Jugendleitung, ob es ratsam sei, schon in diesem Jahre ein Gau-Jugendtreffen zu veranstalten.

Die Jugendbewegung in unserem Gau ist noch jüngeren Datums; auch hat sie noch nicht jede Zahlstelle durchdrungen. Des weiteren schießen uns die Zeit Bedenken einzufloßen: Die fürchterliche Arbeitsmarktlage, die ja die Jugend besonders hart trifft, war nicht danach angeht, zu erwarten, daß sich die bereits erfahrenen Jugendlichen reißlos an dem Treffen beteiligen könnten. Doch vor allem die Jugendgruppe Düsseldorf war sehr optimistisch und bestand es, mit ihrer Auffassung, daß wir es doch wagen sollten, durchzubringen, und so wurde das Treffen ausgeschrieben.

Es wurde folgendes Programm aufgestellt:

Sonntag: Eintreffen der einzelnen Gruppen in Düsseldorf. Am Bahnhof sollten sie von den Düsseldorfer Jugendlichen in Empfang genommen und gruppenweise durch die Stadt geführt werden, um dann im Volkshaus wieder zusammenzutreffen.

Für abends 8 Uhr war eine Feier in schönem Düsseldorf Jugendheim vorgesehen. In dieser Veranstaltung sollte der von der Gauleitung gestiftete Wimpel seine Weihe erhalten und dann einer Jugendgruppe übergeben werden, die ihn für ein Jahr zu führen hat.

Sonntag morgens Punkt 7 Uhr sollte dann eine Dampferfahrt nach Weisel vor sich gehen, verbunden mit einer Besichtigung der Stadt.

Wir können schon gleich zu Anfang sagen, daß unsere Bedenken vollständig zunichte gemacht wurden. Wir sind der Ansicht, daß das Treffen ein wohl gelungenes war, und daß die Jugend noch lange daran zurückdenken wird; aber auch, daß es manche Zahlstelle anspornt, nunmehr eine Jugendgruppe anzuschließen.

Der Hauptvorstand hatten wir gebeten, uns den Kollegen Karl nach Düsseldorf zu schicken. Der Hauptvorstand ist diesem Wunsch nachgekommen.

Wie wir schon betonten, nahm die Veranstaltung einen sehr guten Verlauf. Zu Fuß, per Rad und mit der Bahn trafen die Jugendlichen in Düsseldorf ein. Es entwickelte sich allmählich im Volkshaus, wo wir die Endzusammenkunft vor der Festigung angelegt hatten, ein lebhaftes Treiben. Abends rüdten die Gruppen, die noch einen Wundgang durch die Stadt gemacht hatten, vom Volkshaus geschlossen zum Jugendheim. Das Programm war sehr sorgfältig von der Jugendleitung Düsseldorf aufgezogen worden. Für Musik war gesorgt, und die Stimmung war eine durchaus gute. Die Kolleginnen und Kollegen erneuerten immer wieder ihren Gruß „Freundschaft“, denn immer noch kamen einzelne zum Festlokal. Nachdem die Teilnehmer durch die Gauleitung und im Auftrag der Zahlstelle Düsseldorf begrüßt worden waren, hielt unser Verbandsvorsitzender, Kollege Albin Karl, die Festrede zur Wimpelweihe. Er fand die richtigen Worte; denn immer und immer wieder wurde später betont, daß der Kollege Karl noch recht oft wiederkommen möge. Der Wimpel wurde dann, laut Beschluß, der Jugendgruppe Düsseldorf überreicht, die sich wohl in der letzten Zeit am regsamsten gezeigt hat, und der auch für das Gelingen des Jugendtreffens der größte Dank gebührt. Im nächsten Jahre soll dann geprüft werden, ob eine andere Jugendgruppe eine noch stärkere Initiative entwickelt und sich so den Anspruch auf den Wimpel erarbeitet hat. Das Programm endete mit einem Sprechchor, aufgeführt von Düsseldorf Jugendlichen „Gedanken eines Arbeiters“. Der Text war für den Fabrikarbeiterverband etwas umgearbeitet worden. Die Darstellungen waren recht wirksam und fanden allgemeinen Beifall. Sie zeigten, daß innerhalb der Jugendabteilung der Zahlstelle Düsseldorf recht wirkungsvolle Arbeit geleistet wird. Nach Schluß der Feier zogen die Jugendlichen geschlossen zur Jugendherberge, wo Nachtquartier bestellt war.

Am Sonntagmorgen entwickelte sich am Rhein ein reges Leben. Schon um 6 Uhr kamen einzelne an, so daß um 7 Uhr alles pünktlich zur Stelle war, und die Abfahrt, wie vorgezogen, erfolgen konnte. Am ging's den Rhein herunter, vorbei an den regsamsten Stätten der Produktion — Herdingen,

Wannheim, Duisburg-Muhrort, Walsum usw. — Gegen 10½ Uhr bekamen wir Weisel in Sicht, und als unser mit roten Fahnen geschmücktes Schiff anlegte, schmetterten uns bereits die ersten Fanfarenklänge der Weiseler SA entgegen. Es hatte sich ferner der Vertreter des Verkehrsamtes der Stadt Weisel, eingefunden und eine stattliche Zahl unserer Verbandsmitglieder. Leider mußten wir bei unserem Anmarsch in die Stadt einige recht lästige Regenschauer über uns ergehen lassen; doch das beeinträchtigte nicht die Stimmung. Der Vertreter der Stadt (nebenbei gesagt, wurde Weisel früher das rheinische Potsdam genannt) führte uns zu den Kasematten der Zitadelle, wo die 11 Schiffschen Offiziere in Untersuchungshaft gefesselt hatten, bevor sie am 16. September 1809 auf Befehl Napoleons auf der Schützenwiese in Weisel erschossen wurden. Von dort gingen wir zum Denkmal selbst. Leider setzte wieder ein Regenschauer ein, so daß wir auf einen weiteren Rundgang verzichten mußten. Es war vorgegeben, das Mittagessen im Freien einzunehmen, was aber bei der herrschenden Witterung unmöglich war. Der Umstand, daß in Weisel die Nachfeier des Schützenfestes stattfand, ermöglichte es uns, in einem dieser Schützenzelte freundliche Aufnahme zu finden. Die verabreichte Erbsensuppe war sehr verträglich, ebenfalls die Bauernwurst, so daß auch hier vollste Zufriedenheit ausgeübt wurde. Jeder konnte sich sattessen, und es war so viel gefascht, daß wir den Rest an arme Kinder ausgeben konnten. Allmählich kam die Zeit zum Anbruch. In wohlgeordnetem Zuge ging's durch die Stadt. Es war bekanntlich der Abstimmlungstag und obenreim, wie schon gesagt, die Nachfeier des echt bürgerlichen Schützenfestes. Fast überall sah man schwarz-weiß-rote Fahnen; andere Farben sah man nicht, und durch die so geblühte Stadt zogen wir mit unseren roten Wimpeln und Fahnen. Man hat uns nicht allzu freundlich begrüßt, wenn wir auch durchaus keine Verlästigungen erfahren haben. Aber große Augen haben die Weiseler gemacht. Wir zogen durch das Berliner Tor über die Hauptstraße zum Markt. Dort besichtigten wir das alte Rathaus, ein schöner gotischer Bau, nebst der nahe dabei liegenden berühmten Willibrodikirche. Ferner stäteten wir dem Hause, in dem unser 1. Reichspräsident Ebert als Cattleier gearbeitet hat, einen Besuch ab. Nach einem kurzen Rundgang durch das Proletarierviertel führte uns der Weg wieder zum Hafen. Ein letztes „Freundschaft“ erscholl, zum letzten Male bliesen die Fanfaren, und schon fuhren wir ab.

Nach bald entwickelte sich auf dem Schiff das lustige Treiben wie auf der Einfahrt. Besonders gedacht werden muß an dieser Stelle noch unserer Rüstgruppe von Walshausen und Gecke. Unermüdet wurde ein Kampfsied nach dem anderen gespielt und von allen mitgehungen. So ist uns die Zeit nicht lang geworden, obwohl wir für die Rückfahrt ungefähr 8 Stunden gebraucht haben. Da viele von Düsseldorf aus noch am selben Abend mit dem Zug weg wollten, mußten wir auf ein Mittel fassen, diesen Kollegen eine frühere Gelegenheit zum Aussteigen zu bieten. Bereitwillig kam die Schiffsleitung unserem Wunsch nach, in Duisburg-Muhrort anzulegen. Zu denen, die uns in Duisburg-Muhrort verlassen mußten, gehörte auch unser Kollege Karl. Er hat auf dem Schiff von unseren Jugendlichen Abschied genommen und hat ihnen noch einmal gesagt, zu was Jugendgruppen gegründet werden, und was wir von den Jugendgruppen erwarten. Recht herzlich war der Abschied der hier von uns Scheidenden. Das „Freundschaft“ schallte immer und immer wieder vom Schiff zum Land und zurück.

Gegen 11½ Uhr abends kamen wir in Düsseldorf an. Hier strömte nun alles, nachdem es so spät geworden war, schlenunig seinem Ziele zu, entweder nach der Bahn oder nach Hause. Wir glauben bestimmt, sagen zu können, daß das erste Jugendtreffen im Gau 16 ein wohl gelungenes war, und wir hoffen, daß unsere Jugend es als Ansporn nimmt, weiter zu arbeiten und zu wirken im Kreise ihrer Jugendgenossen, damit wir auch im Gau 16, entsprechend der Zahl der bei uns organisierten Jugendlichen, überall Jugendgruppen bilden können. Das ist unser Wunsch für die Zukunft. „Freundschaft“.

Gau- und Zahlstellen

Hildesheim, Quartalsversammlung

Am 30. August berichtete in der Quartalsversammlung Kollege Dillebrandt, daß sich die Arbeitslosigkeit im Bereich der Zahlstelle verheerend bemerkbar macht. Von 1235 Mitgliedern waren seit Januar 1931 durchweg 515 arbeitslos. In Einnahmen waren zu verzeichnen in den ersten beiden Quartalen 1931 insgesamt 21 789,50 RM; demgegenüber stand aber eine Ausgabe von 25 809,65 RM allein an Arbeitslosen-, Kranken- und Invalidenunterstützung.

Uchulich wie in Hildesheim steht es auch im Reich. Daß trotzdem die Hauptklasse diesen ungeheuren Anforderungen hat standhalten können, ist ein starker Beweis fester finanzieller Grundlage unseres Verbandes. Daraus erhellt aber auch ein anderes. Nämlich, daß die Anforderungen jetzt schon im Sommer und die zu erwartenden des Winters auf die Dauer so groß sind und daß die Abänderungen der Unterstüßungen, wie auf dem Verbandstag beschlossen, gar nicht zu umgehen waren. Hierfür brachte die Versammlung auch volles Verständnis auf. Nicht gutgeheißen wurde die erneut verschobene Zusammenlegung der beiden Leitungen innerhalb des Verbandes. Desgleichen wurde gewünscht, daß der Verbandstag besser getan hätte, die beiden Leitungen abzuschaffen und ein Organ für alle Parteien des Verbandes herauszugeben. Folgende Entschlieung fand einstimmige Annahme:

„Die 2. Quartalsversammlung 1931 der Zahlstelle Hildesheim heißt die Verbandsstaatsbeschlüsse in jeder Hinsicht gut, um die Schlagkraft des Verbandes ganz besonders dem kommenden schweren Winter gegenüber aufrechterhalten zu können. Sie erwartet von allen Funktionären und Verbandsmitgliedern, daß dem überaus schädlichen Treiben der Nazis und Faschis energig entgegengetreten wird. Die Mitgliederhaft hätte aber erwartet, daß auch bei den Gehältern nicht nur 6 bis 9 Proz., sondern 20 Proz. eingepart worden wären. Dabei sind ja alle Kolleginnen und Kollegen bewußt, daß die Bezahlung der Angehörigen keinesfalls überhöht ist. In dieser ungeheuren Zeit aber, mehr Opfermut von allen gezeigt werden, zum Wohle des Verbandes.“

Nachdem noch der Vorstand beauftragt wurde, der nächsten Versammlung das Programm für die diesjährige Jubilärsfeier zu unterbreiten und beschließen wurde, in nächster Zeit eine Vertrauensmännerversammlung abzuhalten, in der event. Kollege Schmidt vom Hauptvorstand über Arbeitsrecht einen Vortrag halten soll, wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung vom Vorsitzenden Kollegen Hermann G r e m e l s geschlossen. Adolf Eichhorn, Schriftführer.

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Die Glücksbude

Erzählung von Ernst Brezang.

Copyright 1930 by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

(u. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Da war ein Apfelbaum, der seine fruchtschweren Äste zum Teil bis über die Mauer streckte. Ein Baum mit dicken, schweren, rotbäckigen Äpfeln. Unter diesen eine Frucht, die ganz besonders lockte. Durch ihre außerordentliche Größe und liebliche Färbung. Sie hing gerade in einem Sonnenstreifen, der im Laub und Ästwerk flimmerte. Wie ein Magnet wirkte der Apfel. Jeremi wandte die Blinde ab, aber es dauerte nicht lange. Sie kehrten immer wieder zurück. Er hatte Durst, trotz des Kumpfers. Und der Apfel hing gerade über der Mauer. Wenn er auf dieser stand, so mochte die Hand gerade hinaufreichen.

Die Mauer war nicht hoch. Ungefähr so hoch, daß er ihr spitzes Dach noch erspähen konnte. Ob er hinaufkommen würde? — Jeremi sah verwundert um sich; er sah schon oben, ehe er den Gedanken zu Ende gebracht. Dann balancierte er auf dem Grat, die Blinde auf den Apfel gerichtet. Als er die Hand ausstreckte, traf ihn ein wichtiger Stößschlag: „Pumpenjunge!“

Jeremie schrie auf und stürzte von der Mauer. Das war der Schrei, den sie in der Bude gehört. — Frau Trude fand den Knaben halb aufgerichtet im Grase liegend, die Augen angstvoll nach oben gewandt. Ein Bauer streckte seinen wulstigen Kopf über die Einfriedigung, schlang seinen Stock und schimpfte in maßlosen Worten. „Was ist dir passiert, Jeremi?“

„Er hat mich geschlagen, Mutter.“
„Kriecht noch mehr, Diebsjunge!“ Der Mann kletterte über die Mauer.

Frau Trude trat ihm entgegen: „Schämen Sie sich nicht, ein Kind mit solchem Knüttel zu schlagen?“

„Biel zu dünn für euch Pumpengeißel! Stehlen und großes Maul haben auch?“ Er hob den Stock.

Frau Trude sah ihn mit blitzenden Augen an und griff nach einem Stein: „Nühren Sie den Jungen nicht an!“

Aus den Augen, die früher so friedlich und heiter leuchteten, glühte heftiger Zorn. „Pfiu, Sie Grobian!“

Er ließ den Stock sinken: „Angehen tu' ich euch, Diebsbagaßel! Uns Juchhaus gehört ihr!“

Sie maß ihn mit einem Blick der Verachtung. Dann half sie Jeremi empor. „Kannst du aufstehen?“

Er konnte es, hinkte aber. Frau Trude führte ihn zum Vater. Hinter ihr kam der Bauer. Er stellte sich vor der Bude auf: „So, da gehört er her, der laubere Würst, der Apfelstehler!“ Er drängte sich durch die Menge. „Kannst auch besser aufpassen, du da!“ Er schüttelte die Faust gegen Jeremias. „Für fremde Böden ist unser Obst nicht gewachsen. Kannst auch ja passen was? Nicht tun, dem lieben Herrgott die Zeit abhelfen, auf der Landstraße liegen und dann unserm sein Eigenes von den Bäumen reifen!“ Er schlug mit der Faust auf das Würfelbrett.

Frau Trude und der Knabe standen neben Jeremias. Sie sah, wie er sich verärgerte, wie seine Augen groß, sein Gesicht blaß wurde.

„Bleib ruhig, miaß!“

Ein junges Mädchen drängte sich an den Stand und warf dem Knaben einen Apfel zu. „Hier, ich schenk' ihn dir. Hat sich der Alte um einen Apfel! Ihr Gesicht glühte. Sie sprachen aus: „Gibt deinen Namen mit Recht, Geizbauer!“

„Daff's Maul!“ Der Geizbauer krieg, als er seinen Spottnamen hörte, eine neue Mutwelle ins Gesicht.

Jeremias hielt die Hände an die letzte Stufe der Auslage geklammert und blickte noch immer mit starren Augen auf den Mann.

„Bleib ruhig, miaß, bleib ruhig!“ Frau Trude sah im Geiste den Streit, der ihn damals ins Gefängnis gebracht. Mit einer Stimme, die ihr ganz fremd vorkam, an jedem Worte würgend, sagte er: „Was kostet der Apfel?“

„Ich hab' keinen Apfel genommen, Vater!“ Jeremi flüsterte es.

„Sei still! Du wollest ihn nehmen!“ — Seine Stimme nahm einen drohenden Ton an. „Was kostet der Apfel?“

Der Geizbauer zog eine höhnische Miene: „Sagt den Leuten schon so viel Geld aus der Tasche geluchst, daß du zahlen kannst?“

„Wo hast du denn dein Geld her, Geizbauer?“ schrie einer aus der Menge.

„Gehtohlen ist gestohlen.“ sagte ein anderer. „von den Fremden bringt keiner ein Korn in die Erde.“

„Diebsgeißel ist's!“ schrie der Geizbauer. „Pumpengeißel! Schließt eure Türen zu in der Nacht!“

Ein Splittern und Krachen. Ein klägliches Weiseln. Die Mauer zerbrach. Die Bude wankte und schwankte. Was noch übrig war von der Auslage, fiel durcheinander. Jeremias war draußen.

Er und der Bauer hatten sich gepackt. Sie rangen miteinander. Der eine leuchtete, der andere leuchtete vor Wut.

„miaß, miaß!“ Frau Trude schrie auf.

Jeremi begann zu weinen.

Der Streit jähig Wellen. Schimpfworte flogen hin und her. Immer härter wurde der Tumult.

Eine Helmspitze näherte sich. Ein Gendarm kam. Schon hatten sich zwei Parteien gebildet, die aufeinander losschlugen wollten. Er durchbrach den Kreis und riß die Kämpfenden auseinander.

Zur großen Verwirrung der meisten Zuschauer, die hier ein unbegrenztes Schauspiel genossen, das ihnen in seiner Unerschrockenheit interessanter war als die Kämpfe im Circus, wo der „lange Friedrich“ einen nach dem anderen in den Sand legte.

Jeremias, sein Sohn und der Geizbauer mußten beiseite zum Gemeindevorstand folgen oder vielmehr beiseite gehen. Trude hörte noch die Worte ihres Mannes: „Gib mir!“ Sie sah die Bude. Gutes war von den drohenden Wunden und den noch nicht wiederhergestellten Schimpfworten der Streitlustigen nicht zu erwarten.

Dann verließ sich die Menge. Ein großer Haufen. — Der hinterden Delmpfe. Er erhielt Zugang aus den Wirtschaften und von den übrigen Marktbesuchern. Auch einige Wadenbesitzer und andere ordentliche Leute waren dabei.

„Die haben sie ordentlich zens ins Gesicht gebracht, Geizbauer!“ rief einer. „Verdient hat es schon lange.“

Eine regenbogenfarbige Strömung zog sich über das Gesicht des Besohlenen. Das hatte die Peitsche mit dem silbernen Griff getan.

Das Geiz, der Lärm wiederholten sich unterwegs und vor dem Amt.

Der Gemeindevorstand mußte aus dem Wirtschaftshaus herbeigekommen werden. Er sah kein Spiel und hatte ein Solo in der Hand. „Gefahren soll man die Bande. Lag's mich aufstehen!“ Als er sein Spiel zu Ende geführt, ging er doch. Im Zorn. Schimpfend. Siehe sich in sein Amtszimmer.

Jetzt die Feder hinter's Ohr und ließ zwei den Beamten einziehen, der ihm den Vorgang, so gut wie er ihn konnte,

darstellen mußte. Inzwischen stand der gleichfalls aus dem Wirtschaftshaus herbeigekommene Gemeindevorstand Wache bei den Siftern.

Dann wurde der Geizbauer verhört. Na, er war nicht gerade beliebt, aber doch ein Anführer. Die anderen hingegen... Jeremi erschauerte vor den Augen, die ihn mit strengen Blicken empfingen. Mit Zorn und Verachtung. „Das also ist der Duff! Schmecken süß, die gestohlenen Äpfel, wie?“

„Ich hab' nicht gestohlen.“ Er sagte es leise, aber bestimmt.

Der Ortsgezwaltige fuhr auf: „Hältst du das Maul, Junge?“ Seine Augen traten drohend hervor. Jeremi bebte; er hätte sich am liebsten verkrochen vor diesen schredlichen tierischen Augen, die der Alkohol gerötet. „Ein Juchhausfruchtchen bist!“

„Herr!“ Jeremias erblähte. „Sagen Sie nichts, was Sie nicht verantworten können!“ Er ballte die zitternden Fäuste.

„Na so!“ Der Ortsgezwaltige stand auf und bog den roten Stiernacken vor. „Da ist noch einer! Der Vater, wie? Dir will ich eins sagen: der Apfel fällt nicht weit vom Stamm!“ Der Gendarm mußte Jeremias festhalten.

„Seht ihn an!“ höhnte der andere. „Zuschlagen mücht'it? Frau! die arg bekommen. Fürschicken! Ich bin Obrigkeit! Und was bist du, he? Ein fahrender Lump, der sich die Taschen von den Dummheiten füllt! Gefindel seid ihr! Hungriges Volk, das nicht arbeiten will! Alle miteinander!“

Jeremias klappte die Zähne wie im Frost. Der Gendarm brauchte alle Kräfte, um ihn zu halten.

„Für heut“ der Vorsteher setzte sich wieder. „für heut“ will ich mit dem Pumpenpad nicht weiter schaffen. Heut nicht und morgen nicht. Laßt erst die Hirwe vorbeie. Nachher,

mein ich, wird er zahn sein, der Vogel.“ Er rief den Amtsdienner. „Dem Jungen da werden ein paar saftige aufgedrückt. Der alte Spibhus kommt vor der Hand ins Spribhushaus. Punktum! Ich hab' keine Zeit mehr.“

Der Gendarm brachte Jeremias ins Spribhushaus. Den Knaben nahm der Gemeindevorstand mit sich: „Apfel hast gestohlen?“ Die Frage klang sehr gutmütig.

„Ich wollte.“

Der Büttel stand nicht ganz weit auf den Beinen. „Weißt“, er lachte und zwinkerte mit den Augen, „wenn sie mich für jeden Apfel und sowas verbohlt hätten, ich hätt' nie einen heißen Hintersten gehabt.“

Jeremi lachte. „Und ich hab' nicht mal einen genommen.“

„Du hast nicht?“ Der Amtsdienner blieb stehen und schüttelte tiefinnig den Kopf. „Aber er hat doch — der Vorsteher — gesagt, ich soll dir eins aufschütten. Streng ist er, das soll wahr sein. Aber Geseh ist Geseh, weißt. Ausdrücken muß ich dir eins. Kommst man.“ Sie traten in sein Haus.

Jeremi machte keinen Versuch, zu entfliehen. Er spürte nicht die geringste Furcht.

„Marthe! Marthe!“

Die Frau des Gemeindevorstandes, eine alte, grauhaarige Frau, kam langsam herein. „Na, bist auch mal wieder da? Wollt' dir dein Mittag schon in den Goldenen Löwen bringen, Saufaus, elendiger.“

„Der Dienst, Marthe!“

„Lüg mir den Budek voll, ja? — Was soll der Junge?“

„Eins übergezogen kriegen. Gib' den Stod, Marthe. Oder...“ er wandte sich an den Knaben, „was hat er gesagt? Hat er gesagt: „eins“, oder hat er gesagt: „ein paar?““

(Fortsetzung folgt.)

Der Page Ewald

Ewald war Page in einem großen Hotel. Von kleinem und zierlichem Wuchs, sah man ihm nicht an, daß er beinahe schon sechzehn Jahre zählte. Er trug eine dunkelste strahlende Uniform mit vielen goldenen Knöpfen und eine kleine tellerförmige Kappe, in die der Name des Hotels eingestickt war. Jeden Morgen Punkt acht Uhr mußte er an seiner Dienststelle sein und gemeinsam mit seinen Kollegen — alles Jungen von vierzehn bis sechzehn Jahren — vor Herrn Weisede, dem Empfangschef des Hotels, antreten. Herr Weisede war ein strenger Vorgesetzter, er hatte einen Blick, dem nichts entging; waren die Knöpfe der Uniform nicht genügend blank oder sonst etwas nicht in Ordnung an der Kleidung der jungen Page, so konnte der Beauftragte auf einen Nagel von Scheltworten gefaßt sein. Der Empfangschef, der selber einst als Hotelpage seine Laufbahn begonnen hatte, ließ nicht mit sich scherzen, und die Jungen hatten einen großen Respekt vor ihm.

Ewald war schon zwei Jahre im Hotel beschäftigt und hatte die Aussicht, bald zum ersten Page vorzurücken. Er stand den ganzen Tag in der riesigen Hotelhalle und wartete, daß Herr Meyer, der Portier, oder irgendein Fremder ihm einen Auftrag gab. Das Hotel war ein sehr feines und ebenso teures Luxusbauwerk. Klart und zuvorkommend verrichtete Ewald die Aufträge, mit denen man ihn betraute, und nahm mit höflichem Dank die kleinen Trinkgelder entgegen, die ihm manche schenkte. Ewald hatte zu Hause eine Mutter, die, weil sie nur allzu häufig krank war, durch Nacharbeiten nur sehr wenig verdient, und ohne die Hilfe ihres jungen Sohnes kaum ein Auskommen gefunden hätte.

Eines Nachmittags, als Ewald gewohnheitsgemäß an seinem Posten in der Halle stand, winkte ihm ein Gast, der eben aus dem Fahrstuhl gestiegen war. Der furchtbar vornehm tuende Fremde, der ein gebrochenes Deutsch sprach, gab ihm den Auftrag, aus seinem Zimmer ein kleines Paket herunterzuholen, das er dort vergessen hatte. Ewald nahm den Zimmer Schlüssel und kehrte bald mit dem gewünschten Päckchen zurück. Der Fremde reichte ihm mit großzügiger Miene fünfzig Pfennig und schritt durch die Halle dem Ausgang zu.

Eine Stunde später wurde Ewald in das Büro des Direktors gerufen. Außer diesem befanden sich noch Herr Weisede und ein kleiner unscheinbarer Mann in dem Raum. Ewald kannte ihn; es war Herr Kantor, der Hotelbetriebler. Er trat jetzt an den kleinen Page heran.

„Ewald“, sagte er, „wo ist der Brillantring?“

Der Page blickte bestürzt auf den Defektiv und konnte kein Wort sagen. Herr Kantor fuhr fort, und seine Stimme klang drohend:

„Verjuche nicht zu leugnen! Du warst vor einer Stunde im Zimmer 148, um ein kleines Päckchen zu holen; bei dieser Gelegenheit hast du den kostbaren Brillantring des Gastes, den dieser auf dem Waschtisch liegen ließ, entwendet. Nach dir hat niemand das Zimmer betreten, und jetzt ist der Ring verschwunden. Der Gast ist soeben zurückgekehrt, er will, falls du den Ring sofort zurückgibst, von einer Anzeige Abstand nehmen. Also schnell, wo hast du ihn hingetan?“

„Ich habe ihn nicht!“ schrie Ewald auf und Tränen fliegen ihm in die Augen.

Der Defektiv sagte kein Wort; er trat dicht an den Page heran und fing an, seine Taschen zu untersuchen. Doch der Ring kam nicht zum Vorschein, und Ewald beteuerte weinend seine Unschuld. Allein man schenkte ihm keinen Glauben. Um so weniger, da es sich herausstellte, daß Ewald für einen Weg nach der Post dreißig Minuten gebraucht hatte, trotzdem das Postamt gegenüber dem Hotel lag. Auf Drängen des Defektivs mußte Ewald zugeben, daß er inzwischen zu Hause gewesen war, um nach seiner kranken Mutter zu sehen.

Da setzte sich Herr Kantor mit dem jungen Page in ein Taxi, und sie fuhren nach der Wohnung von Ewalds Mutter. Vor dem Haus der erkrankten Mutter durchsuchte der Defektiv die zwei kleinen Zimmer und die Küche. Er tat mit der Gewißheit eines Mannes, der in ähnlichen Dingen Erfahrung besitzt, doch er fand den gesuchten Ring nicht. Es ihm nichts übrig, als mit Ewald in das Hotel zurückzugehen. Die entsetzte Mutter, die an die Schuld ihres Sohnes nicht glauben konnte, nahm weinend von ihm Abschied.

Im Büro des Hotelbetrieblers wurde Ewald erneut einem Verhör unterzogen. Als auch dieses erfolglos verlief, wurde die Kriminalpolizei benachrichtigt. Man hätte gerne davon Kenntnis genommen — nicht aus Vorurteil, sondern weil es dem Ruf des feinen Hotels schade — aber der Brillantring war mehrere tausend Mark wert, und die Direktion wollte diesen hohen Schaden nicht ersehen.

Drei Tage verbrachte Ewald auf dem Polizeipräsidium, dann wurde er entlassen. Ewald konnte ihm den Diebstahl nicht nachweisen, und seine Vorgesetzten vom Hotel mußten befunden, daß er sich während der zwei Jahre seiner Beschäftigung stets lüstergültig benommen hatte. Man ließ ihn also frei, doch der Schatten des Verdachtes blieb an ihm haften, und das Hotel wollte ihn nicht mehr in den Dienst zurücknehmen.

Ewald war gezwungen, nach einer anderen Arbeit zu suchen. Im folgenden Tag machte er sich schon in den frühen Morgenstunden auf die Beine und rannete den ganzen Vormittag herum, ohne etwas zu erreichen. Er war eben im

Begriffe, nach Hause zu gehen, als er den Fremden aus dem Hotel erblickte, dem der Brillantring gestohlen wurde. Ewald konnte sich auch später keine Rechnung geben, was ihn bewog, dem Manne zu folgen.

Lässig schlenderte der seine Herr einige Straßen entlang, dann sah ihn plötzlich Ewald in einem Juwelierladen gehen. Als er einige Minuten später wieder auf die Straße trat, konnte Ewald noch sehen, wie er eine Menge großer Banknoten in seine Brieftasche stopfte. Nur wenige Minuten zögerte der kleine Page, dann betrat er den Juwelierladen. Der Inhaber blickte erstaunt auf Ewald, als dieser sich erkundigte, ob der Herr, der soeben den Laden verließ, einen Brillantring verkauft hatte. Ewald sah ein, daß er dem Händler die ganze Angelegenheit erzählen mußte, wollte er von diesem Auskunft bekommen. Interessiert hörte der Juwelier die Geschichte an; er rief sofort das Hotel an und als nun ihm dort Ewalds Erzählung bestätigte, benachrichtigte er die Polizei.

Wenige Stunden später wurde der Gast aus dem Zimmer 148 verhaftet. Es stellte sich bald heraus, daß er die Gesellschaft prellen wollte, bei der er seinen Ring mit einer hohen Summe gegen Diebstahl versichert hatte. Ewald bekam später von der Gesellschaft dreihundert Mark zugeschied, als Belohnung. Auch das Hotel nahm ihn in seine Dienste zurück. Er ist jetzt erster Page und wird bald Stützportier werden.

Was kann man gegen unerwünschte Schweißbildung tun?

Unerwünschte, übermäßige Schweißbildung ist nicht das Schlimme, wie es bei großer Hitze oder nach großer körperlicher Anstrengung normalerweise eintritt. Da ist der Schweiß ein natürlicher, sogar notwendiger Vorgang. Unerwünscht, störend wird er erst, wenn er ohne besondere Ursache das normale Maß übersteigt, schon auf geringen Meiß, bei mäßiger Körperbewegung, niedriger Temperatur erfolgt, da ist er vom Nabel und auch aus kosmetischen Gründen höchst unbeliebt. Seine bevorzugten Stellen sind die Hände, die Achselhöhlen und die Füße.

Was also tun? Im wesentlichen soll auch die Behandlung dieses Übels, so gering es manchmal erscheinen mag, dem kundigen Arzt überlassen bleiben, der in der Lage ist, mit Maßnahmen und Mitteln vorzugehen, über die der Laie nicht verfügt, oder die er nicht handhaben kann. Mit dieser Einschränkung wollen wir hier einige Mittel nennen, mit denen man in leichteren Fällen versuchen kann, das wirklich oft recht unangenehme Übel Herr zu werden:

Abreiben mit kaltem Wasser, mindestens dreimal täglich, und dann Besuchen mit einer Lösung aus 2 bis 5 g Weinsäure auf 100 g Spiritus oder 1 g Thymol und 5 g Tanninsäure auf 200 g Kampferspiritus, oder aus 2 g Salzsäure, 18 g kohlensäurehaltiges Wasser und 80 g Spiritus. Zur Nacht Einpudern mit Penicil-Streupuder oder einem Puder aus 3 g Talkum und 17 g Zinkum, der auch in die Strümpfe, Handschuhe und Achselhöhlen gestreut wird. — Waschungen mit Seife sind zu meiden.

Bei mittelschweren Fällen benutzt man, wenn keine Schrunden und Abschürfungen vorhanden sind, eine zehn- bis zwanzigprozentige spirituelle Formalinlösung, mehrmals täglich und nachher, besonders nachts, Vorwaseline oder Goldcreme zum Einreiben.

Von besonderen Maßnahmen seien noch erwähnt: Gegen Achselhöhlenwaschungen mit essigsaurem Tonerde, 1 Eßlöffel auf einen Viertel Liter Wasser. Oder Waschungen mit Essigsäure, 2 bis 3 g arom. Essigsäure auf 100 g kohlensäurehaltiges Wasser. Einpudern mit Formalin-Penicilpuder.

Gegen Handschweiß Zusatz von 10 g Weinsäure zum Wasser, mit dem man sich mehrmals wäscht. Feinere Waschungen mit Chromatseife. Einpinseln mit einer Lösung aus 20 g kohlensäurehaltiges Wasser auf 200 g Spiritus. Puder wie oben oder Talcoform, rein oder mit der gleichen oder der doppelten Menge Talkum gemengt.

Die Ursache ist oft Mangel an oder Mangel an, welche Krankheiten dann zu behandeln sind.

Gegen Fußschweiß: Keine engen Stiefel und Strümpfe, tägliches Wechseln der Strümpfe, peinliche Sauberkeit und häufiges Waschen. Morgens und abends Fußbäder, Einreiben mit einprozentiger Tanninlösung (1 Teil des kohlensäurehaltigen Formalins auf 5 Teile Spiritus). Bei Nissen und Schrunden keine spirituellen Lösungen. Puder der Füße und Strümpfe mit Salzsäurepuder. — Bäder mit 1- bis 2-prozentiger Lösung von übermanganhaltigem Kali.

Mit nassen Füßen auf grobem Sand laufen, ist oft nützlich. Auf Plattfüße ist zu achten, die leicht zu Schweißfüßen neigen.

Das sind so einige Mittel, die leicht anwendbar sind und versucht werden können. Aber in allen schwereren Fällen werden man sich, wie gesagt, an den Arzt, zumal alle diese Mittel nur symptomatische sind. Es ist in manchen Fällen sicher möglich und notwendig, den ganzen Organismus zu behandeln und von da aus gegen das Übel anzulämpfen.

Dr. R.